

Grundlagen der bildungspolitischen Analyse und Bildungsfinanzierung in Deutschland

Tobias Kaphegyi

Zur Person

- Studium an der Universität Tübingen.
- 2005: Magister in Politikwissenschaft und Empirischer Kulturwissenschaft.
- Magisterarbeit zum internationalen Vergleich v. Schulpolitik.
- Verschiedene Publikationen und Vorträge zur Bildungspolitik / seit 9 Jahren bei der Memogruppe.
- Lehrbeauftragter an der Dualen Hochschule BW.

Zur Person

- Abgeschlossenes Projekt:
Wissenschaftliche Analyse des
„Bildungsmonitors“ der „Initiative Neue
Soziale Marktwirtschaft“ (INSM).
- Im Auftrag der GEW-nahen Max-Träger-
Stiftung.
- Langfassung der Studie unter:

<http://www.gew.de/Binaries/Binary80604/Black%20Box%20Bildungsmonitor%20-%20Ein%20Blick%20hinter%20den%20Reiz%20des%20Rankings%20%281%29.pdf>

- Kurzfassung unter:

<http://www.gew.de/Binaries/Binary80605/Kurzfassung++Black+Box+Bildungsmonitor+%282%29.pdf>

Zur Person

- Aktuelle Publikationen:
- Beitrag zum Bildungsmonitor der INSM in einem Sammelband zur Bildungsfinanzierung. Mai 2013.
- Beitrag zu einem Sammelband zur Veränderung des Solidaritätsverhaltens junger ArbeitnehmerInnen in der Krise. Februar 2013
- Beitrag zu einem Sammelband zum 60sten Geburtstag von Axel Troost zu den aktuellsten Entwicklungen in der deutschen Bildungsfinanzierung. September 2014.

Inhalt des Vortrags

Teil I: Grundlagen der bildungspolitischen Analyse im Memorandum.

1.) Kritik der gängigen Bildungsbegriffe (Memorandum 06, Erweiterung im Memo 08).

2.) Ökonomische Einordnung von Bildung. Was kann Bildung ökonomisch und was nicht? (Memo 06).

http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/memo_klassiker_bildung.pdf

Inhalt des Vortrags

Teil I: Grundlagen der bildungspolitischen Analyse im Memorandum.

3.) Was ist typisch für das deutsche Bildungssystem?

Erläuterungen zu nationalen Entwicklungspfaden / „Konservative Bildungsstaatlichkeit“ und soziale Selektion (Vor allem Memo 09-11).

4.) Die konservative Bildungsstaatlichkeit unter neoliberalem Druck

Seit den 1970er Jahren: Doppelter Angriff auf den Wohlfahrtsstaat / Wie vollzieht sich Privatisierung in Deutschland im Bildungsbereich (vor allem Memo 2011 u. 2012)

Inhalt des Vortrags

- Teil II: Analyse der deutschen Bildungsfinanzierung

Teil I

Grundlagen der bildungs- politischen Analyse im Memorandum.

18.09.2014

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

8

Teil I: Grundlagen

1.) Verständnis von Bildung / Bildungsbegriff (Memo 06 u. 08)

- Kritik der gängigen Bildungsbegriffe
- Modernisierung des Bildungsbegriffs

Kritik der gängigen Bildungsbegriffe

- Typisch für Deutschland: Konkurrenz des (konservativ vereinnahmten) **humboldtischen Bildungsbegriffs** und der **Humankapitaltheorie**.
- (konservativ vereinnahmter) Humboldtscher Bildungsbegriff vernachlässigt die sozioökonomische Dimension.
- Humankapitaltheorie vernachlässigt die „humanistisch-demokratisch-gesellschaftliche“ Dimension von Bildung

Modernisierung des Bildungsbegriffs I

- Fürs Memo 06 entwickelter Bildungsbegriff:

„Unserem Verständnis nach ist Bildung eine vollständige individuelle Entfaltung des Menschen, infolge deren die Individuen befähigt werden, gesellschaftlichen und kulturellen Reichtum produzieren und sich aneignen zu können.“ (Memo 06, S. 106)

Modernisierung des Bildungsbegriffs II

- Hervorhebung im Memo 08: Politische Bildung ist ein sehr wichtiger Teilaspekt von Bildung
- Gegen den zunehmenden Bruch des „Beutelsbacher Konsens“: Kapitalismus wird vermehrt zu „Kulturellem Kapital“
- Politische Bildung ist wichtig für: Empathiefähigkeit, Solidarität, demokratische Grundeinstellungen, politische Urteilsfähigkeit
- Gegen zunehmende „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer) durch die wirtschaftsliberal-ökonomistische Kolonialisierung des Denkens

Grundlagen:

2.) Was Bildung leisten kann und was nicht / Ökonomische Einordnung (Memo 06)

- Bildung kann:

- 1.) das Produktionspotenzial in einer Volkswirtschaft steigern

- 2.) durch ihre positiven externen Effekte das Produktivitätswachstum anregen

- 3.) durch Weiterbildung von Arbeitskräften, Arbeitslosigkeit aufgrund von „Mismatching“ mildern

- In der irrigen neoklassischen Theorie führt dieser Input schon zu Wachstum

Grundlagen :

2.) Was „Bildung leisten kann und was nicht / Ökonomische Einordnung (Memo 06)

- Was Bildung nicht kann:

- 1.) Wachstum erzeugen ohne ein nachziehendes Nachfragewachstum

- 2.) Alleine Arbeitslosigkeit verhindern durch eine höhere „Beschäftigungsfähigkeit“ der Menschen (erhöht z.B. auch wiederum die Arbeitsproduktivität)

Grundlagen:

3.) Der „konservative“ Bildungsstaatstypus

- Was ist typisch für das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich?
- Kennzeichen der deutschen bildungsstaatlichen Entwicklung und ihre Entstehung.
- Wirkt sich aus auf die deutsche Bildungsfinanzierung (Teil II)!

Entstehung des Sozialstaates als Ergebnis von Demokratisierungskämpfen / Phasen der Entwicklung des Staatsbürgerstatus (nach Thomas H. Marshall)

- 18 Jhr.: Entwicklung des bürgerlichen Elements (z.B. Rede-Presse-, Eigentums- und Versammlungsfreiheit).
- 19.Jhr.: Entwicklung des politischen Elements „Teilhabe am Gebrauch politischer Macht“ (Entstehung demokratischer Entstehungs- und Beteiligungsstrukturen)

Entstehung des Sozialstaates als Ergebnis von Demokratisierungskämpfen / Phasen der Entwicklung des Staatsbürgerstatus (nach Thomas H. Marshall)

- 20. Jhr.:

- „Im 20. Jahrhundert entwickelt sich schließlich das **soziale Element**, mit dem MARSHALL eine Reihe von Rechten bezeichnet, »vom Recht auf ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Wohlfahrt und Sicherheit, über das Recht an einem vollen Anteil am gesellschaftlichen Leben, bis zum Recht auf ein Leben als zivilisiertes Wesen entsprechend der gesellschaftlich vorherrschenden Standards. Die am engsten mit ihm verbundenen Institutionen sind das Erziehungswesen und die sozialen Dienste«.“

Quelle: <http://www.brainworker.ch/Sozialstaat/Folienzusammen.pdf>
Thomas H. Marshall: „Staatsbürgerrechte und soziale Klassen“, 1992 [1949], S. 40

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 (Resolution der Generalversammlung der UN)

- *Artikel 26*
- 1. Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muss allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 (Resolution der Generalversammlung der UN)

- *Artikel 26*
- 2. Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassistischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 (Resolution der Generalversammlung der UN)

- *Artikel 26*
- 3. Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.

Die Felder sozialstaatlichen Handelns

- Regulation des Verhältnisses von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Arbeitsrecht (Verbot der Kinderarbeit, Kündigungsschutz, Tarifvertragsrecht, Arbeitszeitordnungen etc.)
- Sozialer Ausgleich durch Steuer- und Abgabenpolitik.
- Materielle Absicherung elementarer Lebensrisiken (Arbeitsunfähigkeits-, Kranken-, Renten-, Pflege-, Arbeitslosenversicherung, Grundsicherung für Arbeitssuchende, Sozialhilfe, soziale Wohnungsbaupolitik etc.)

Die Felder sozialstaatlichen Handelns

- Integrations- und Sozialisationshilfen in Form von z.B. **Bildungspolitik**, Kinder- und Jugendhilfepolitik, **personenbezogene Dienstleistungen** in Form von Beratung, **Betreuung, Bildung** und Hilfe in „bedrohlichen Lebenslagen“.
- ALLE Felder ZUSAMMEN = SOZIALSTAAT / Engere Definition von WOHLFAHRTSSTAAT

Ökonomische Kennzeichen von Dienstleistungen

- Sie sind das Produkt (die Waren) des „dritten“ bzw. „tertiären“ Produktionssektors in einer kapitalistischen Volkswirtschaft.
- Sie sind relativ rationalisierungsresistent und oft personalintensiv (Arbeiten von Menschen für Menschen).

Ökonomische Kennzeichen von Dienstleistungen

- „Kostenkrankheit“ (Baumol 1967): Produktion v. Dienstleistungen ist mit steigenden Kosten verbunden! Wer bezahlt die Dienstleistungen?
- Sie können von unterschiedlichen Akteuren angeboten werden: Wer produziert die Dienstleistungen?

Was bedeutet das für die Dienstleistung Bildung?



18.09.2014

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

25

Ist Bildung in modernen Industriestaaten automatisch ein „öffentliches Gut?“

- Güter-Definitionen sind funktionalistische (und oft ideologische) Definitionen aus der Ökonomie.
- Geschichte und soziale Kämpfe hinter öffentlich zugänglicher Bildung werden nicht deutlich!

Was ist Bildung für ein Gut?

- Bildung wird nur durch eine normativ-politische, gesellschaftliche Forderung und Wertschätzung zum „öffentlichen Gut“.
- Kann ökonomisch betrachtet auch „Privates Gut“, bzw. Ware sein.
- Bildung ist rein ökonomisch betrachtet eine Dienstleistung, die prinzipiell warenförmig gehandelt werden kann.

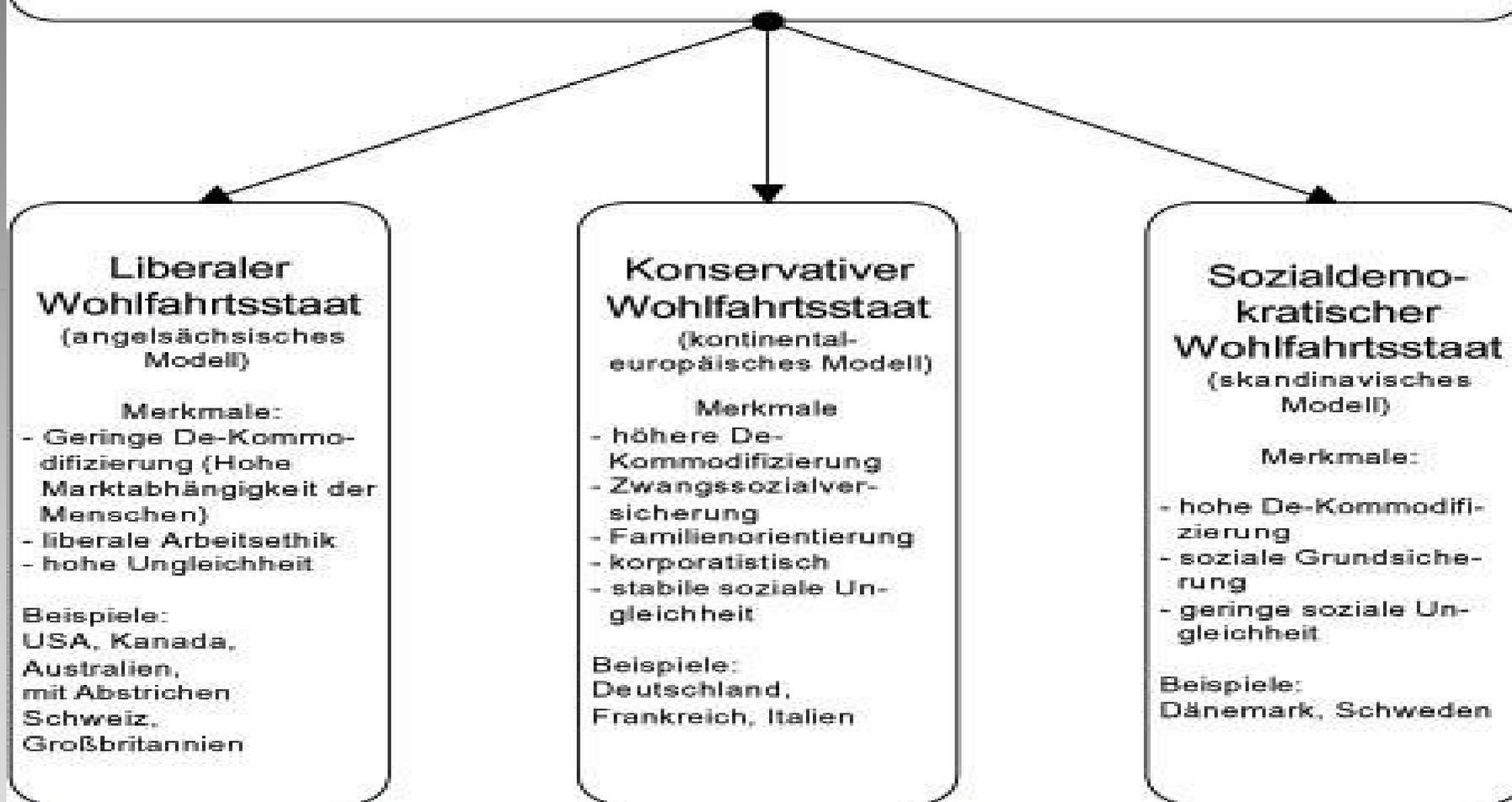
Demokratisierung = Kampf um Dienstleistungen der Daseinsvorsorge!

- Die Einführung sozialer Grundrechte variiert international nach dem Ausgang der gesellschaftlichen Kämpfe um die Erbringung von sozialen Dienstleistungen.
- Wer zahlt? Wer sind die Träger? Wer kommt in ihren Genuß?

Demokratisierungskämpfe mit unterschiedlichen Ergebnissen.

Wohlfahrtsstaatstypen

nach Gösta Esping-Andersen (1998)



Entscheidende Fragen für den Wohlfahrtsstaatstypus

- Wer bezahlt die Produktion von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge?
- Wer (Akteur) produziert die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge?
- Was sind die gesellschaftlichen Sphären/Bereiche der Produktion v. Dienstleistungen?

Ausprägungen der Wohlfahrtsstaaten nach Sphären der Produktion und Bezahlung der sozialen Dienstleistungen !

- Vereinfacht ausgedrückt:
- Markt und BürgerInnen (liberaler Typ)
- Staat und progressive Steuern (sozialdemokratischer Typ) .
- Familie/Staat und progressive Steuern/Familie (konservativer Typ).

Warum haben die Demokratisierungskämpfe unterschiedliche Ergebnisse?

- Verschiedene Theorieangebote zur Beantwortung dieser Frage:
- Relativ breiter Konsens in der Politikwissenschaft: Gesellschaftliche Machtressourcen waren/sind entscheidend!

Kennzeichen idealtypischer Bildungsstaatlichkeiten

<i>Liberaler Bildungsstaat</i>	<i>Konservativer Bildungsstaat (an Deutschland ausgerichtete Variante)</i>	<i>Sozialdemokratischer Bildungsstaat</i>
<p>1. Starke Abhängigkeit vom Einkommen beim Bildungszugang</p> <p>2. (Quasi-)Märkte als Steuerungsmechanismus und verbetrieblichte Bildungseinrichtungen</p> <p>3. Starke Beteiligung der Kapitaleseite an der Bildungssteuerung</p> <p>4. Starke Abhängigkeit zwischen Bildungsergebnis und sozio-ökonomischer Herkunft</p> <p>5. Sehr hohe private Bildungsausgaben</p>	<p>1. Sehr starke Abhängigkeit von der familiären Herkunft (sozio-ökonomischer Status) beim Bildungszugang und im -ergebnis</p> <p>2. Inputsteuerung des Bildungssystems durch den Staat</p> <p>3. Frühe staatliche Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schultypen</p> <p>4. Korporatistische Organisation der beruflichen Ausbildung (duales System) und der Weiterbildung</p> <p>5. Trennung von Erziehung (familiärer und betrieblicher Bereich) und Bildung in Bildungseinrichtungen</p> <p>6. Hauptsächlich staatliche Bildungseinrichtungen</p> <p>7. Einrichtungen mit Erziehungsfunktion werden oft an nichtstaatliche Akteure delegiert</p> <p>8. Geringe staatliche und mittlere private Bildungsausgaben</p>	<p>1. Geringe Abhängigkeit von der familiären Herkunft beim Bildungszugang und bei den -ergebnissen</p> <p>2. Staatliche Steuerung des Bildungssystems (oftmals In- und Outputorientierung nebeneinander)</p> <p>3. Hauptsächlich staatliche Bildungseinrichtungen</p> <p>4. Auch berufliche Ausbildung hauptsächlich in staatlichen Einrichtungen</p> <p>5. Vorschulische Bildung gehört zum Bildungssystem</p> <p>6. Hohe staatliche und geringe private Bildungsausgaben</p>
<i>Beispiele</i>		
USA, Vereinigtes Königreich, Australien	Deutschland, Österreich	Schweden, Finnland, Norwegen

Strukturmerkmale des typisch deutschen „ständischen“ Bildungssystems

- Trennung von Bildung und Erziehung
- Dreigliedrigkeit des deutschen Schulwesens in Sekundarstufe I
- Die Organisation von Schule als Halbtagschule
- Das duale System
- Finanzverteilung konzentriert sich auf Ausbildung mittlerer und höherer Positionen der Industriegesellschaft

Grundlegende These:

- Im „Fordismus“ stabilisiert sich in der BRD analog zum konservativen Wohlfahrtsstaat (Esping-Andersen, 1998) eine „konservative Bildungsstaatlichkeit“ mit extremen Schwächen (z.B. soziale Selektivität).
- Sehr stabil in der Grundstruktur (siehe z.B. Referendum Hamburg). Erste Veränderungen seit ca. 1975.

Konservative Bildungsstaatlichkeit in Deutschland

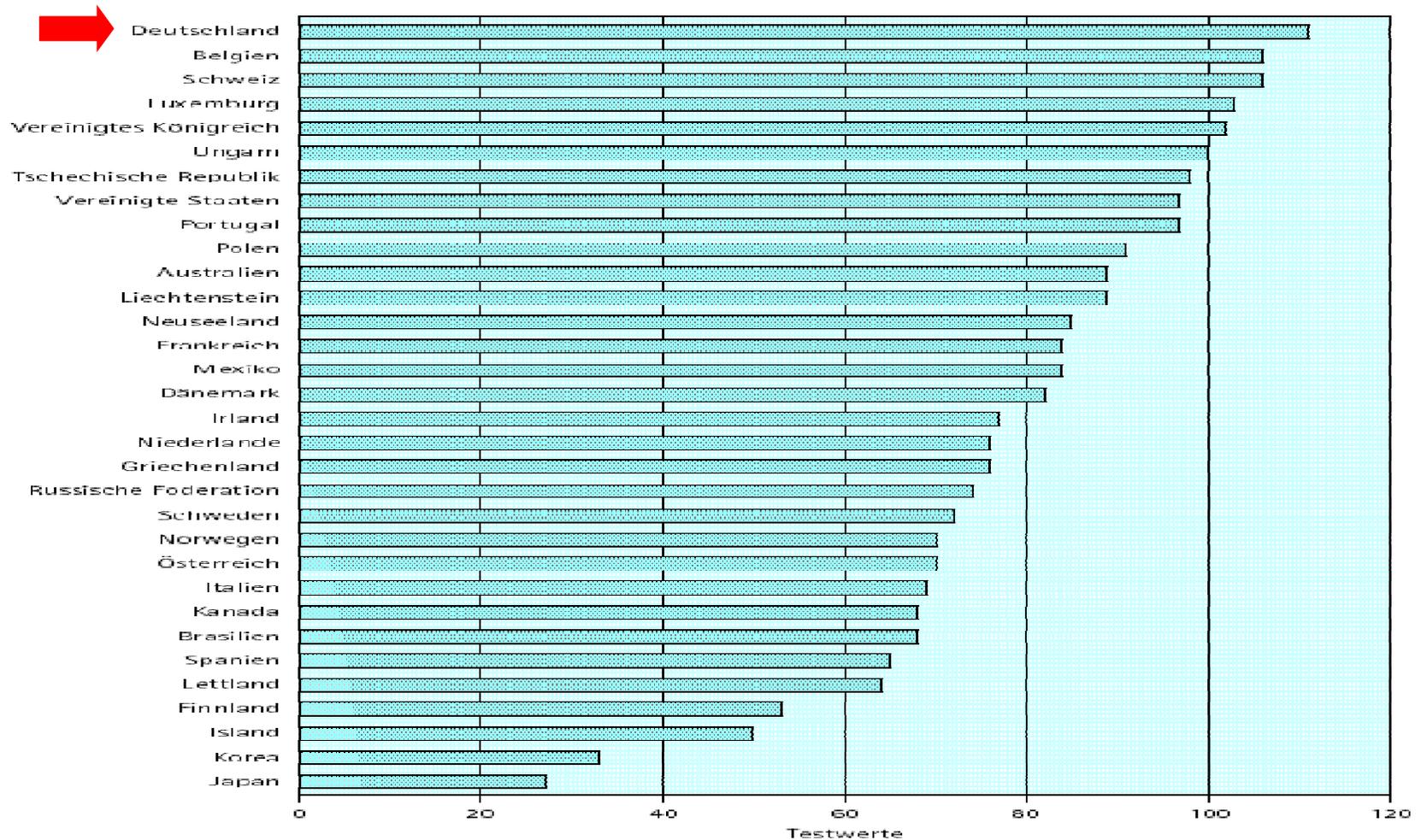
- Deutsche Bildungsstaatlichkeit fest verwurzelt im deutschen konservativen Wohlfahrtsstaatsmodell (nach Esping-Andersen) / „erwerbsorientiert standardisiert und stratifiziert“ (Gottschall)
- Zuordnung von „Lebenschancen“ über Staat(-liches Bildungssystem) sehr stark
- Grundsätzliche Probleme dieses Systems: Hohe soziale Selektivität (bekannt seit den 60 er Jahren).
Statuserhaltend.

Was ist ein typisches Kennzeichen des deutschen Bildungssystems im internationalen Vergleich?

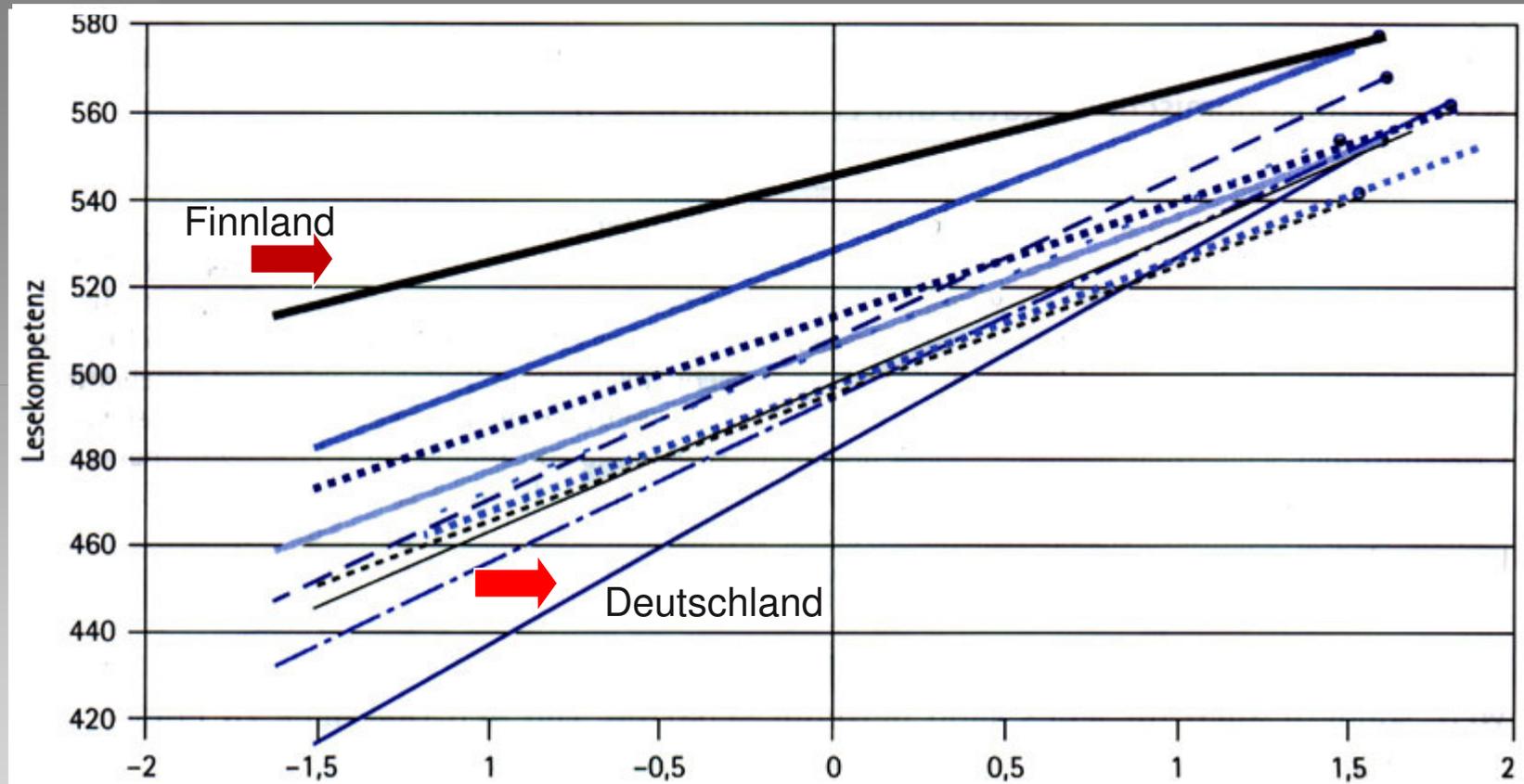
- A) Hohe soziale Selektivität
- 1.) Bildungsergebnisse und soziale Herkunft
- 2.) Bildungs- und Teilhabechancen und soziale Herkunft

Lesekompetenz und sozioökonomischer Status (Quelle: PISA 2000)

Unterschiede zwischen der mittleren Lesekompetenz von 15-Jährigen aus Familien des oberen und unteren Viertels der Sozialstruktur (höchster Sozialstatus [HISEI] von Vater oder Mutter)



Lesekompetenz und sozioökonomischer Status: Soziale Gradienten der Lesekompetenz ausgewählter Länder (Quelle: PISA 2000)



Soziale Gradienten der Lesekompetenz im internationalen Vergleich 2009 (Quelle: Artelt u.a. 2009)

OECD-Staaten	Lesekompetenz		Steigung des sozialen Gradienten		Stärke des Zusammenhangs	
	Achsenabschnitt	(SE)	Steigung	(SE)	R ²	(SE)
Finnland	532	(2.1)	20	(1.4)	5.2	(0.7)
Island	495	(1.6)	21	(1.6)	5.2	(0.8)
Japan	524	(2.9)	21	(1.9)	4.0	(0.6)
Kanada	523	(1.3)	23	(1.1)	6.5	(0.6)
Korea	539	(3.1)	24	(2.3)	6.0	(1.1)
Estland	502	(2.4)	26	(1.8)	9.8	(1.2)
Mexiko	440	(1.6)	26	(1.0)	11.5	(0.8)
Dänemark	495	(1.8)	27	(1.3)	10.6	(1.0)
Spanien	489	(1.8)	28	(1.6)	11.5	(1.3)
Türkei	481	(3.4)	28	(2.3)	10.0	(1.5)
Norwegen	495	(2.4)	29	(1.7)	8.7	(1.0)
Australien	513	(2.0)	29	(1.1)	9.2	(0.6)
Irland	498	(2.5)	30	(1.8)	10.0	(1.1)
Schweden	497	(2.4)	30	(1.8)	9.9	(1.1)
Polen	512	(2.2)	31	(1.8)	10.8	(1.1)
Italien	492	(1.4)	31	(1.0)	10.7	(0.6)
Niederlande	507	(4.7)	31	(2.0)	11.1	(1.3)
Chile	464	(2.6)	31	(1.6)	14.2	(1.2)
Griechenland	485	(3.6)	31	(2.2)	11.8	(1.3)
Slowenien	485	(1.1)	32	(1.4)	13.2	(1.1)
Vereinigtes Königreich	499	(1.9)	33	(1.4)	11.5	(0.9)
Schweiz	499	(2.1)	33	(1.7)	12.0	(1.2)
Vereinigte Staaten	498	(2.7)	33	(2.4)	11.6	(1.5)
Portugal	502	(2.4)	34	(1.9)	15.1	(1.5)
Frankreich	508	(3.0)	34	(2.5)	12.2	(1.7)
Deutschland	504	(2.3)	35	(2.0)	12.5	(1.2)
Slowakische Republik	489	(2.1)	36	(2.2)	12.0	(1.3)
Israel	478	(2.9)	36	(2.2)	12.3	(1.3)
Österreich	475	(2.6)	37	(2.0)	14.2	(1.4)
Neuseeland	519	(2.1)	40	(1.8)	14.5	(1.2)
Belgien	509	(1.7)	41	(1.4)	18.9	(1.0)
Luxemburg	479	(1.3)	41	(1.4)	17.4	(1.1)
Ungarn	502	(2.5)	41	(2.1)	19.2	(1.7)
Tschechische Republik	483	(2.6)	42	(2.1)	14.0	(1.2)
OECD-Durchschnitt	497	(1.0)	31	(0.7)	11.4	(0.5)

Anmerkung. Prädiktorvariable ist der höchste sozioökonomische Status (Highest ISEI), z-standardisiert am OECD-Durchschnitt. Der farblich gekennzeichnete Unterschied zum OECD-Durchschnitt bezieht sich auf die Steigung des sozialen Gradienten.



signifikant unter dem OECD-Durchschnitt



nicht signifikant verschieden vom OECD-Durchschnitt

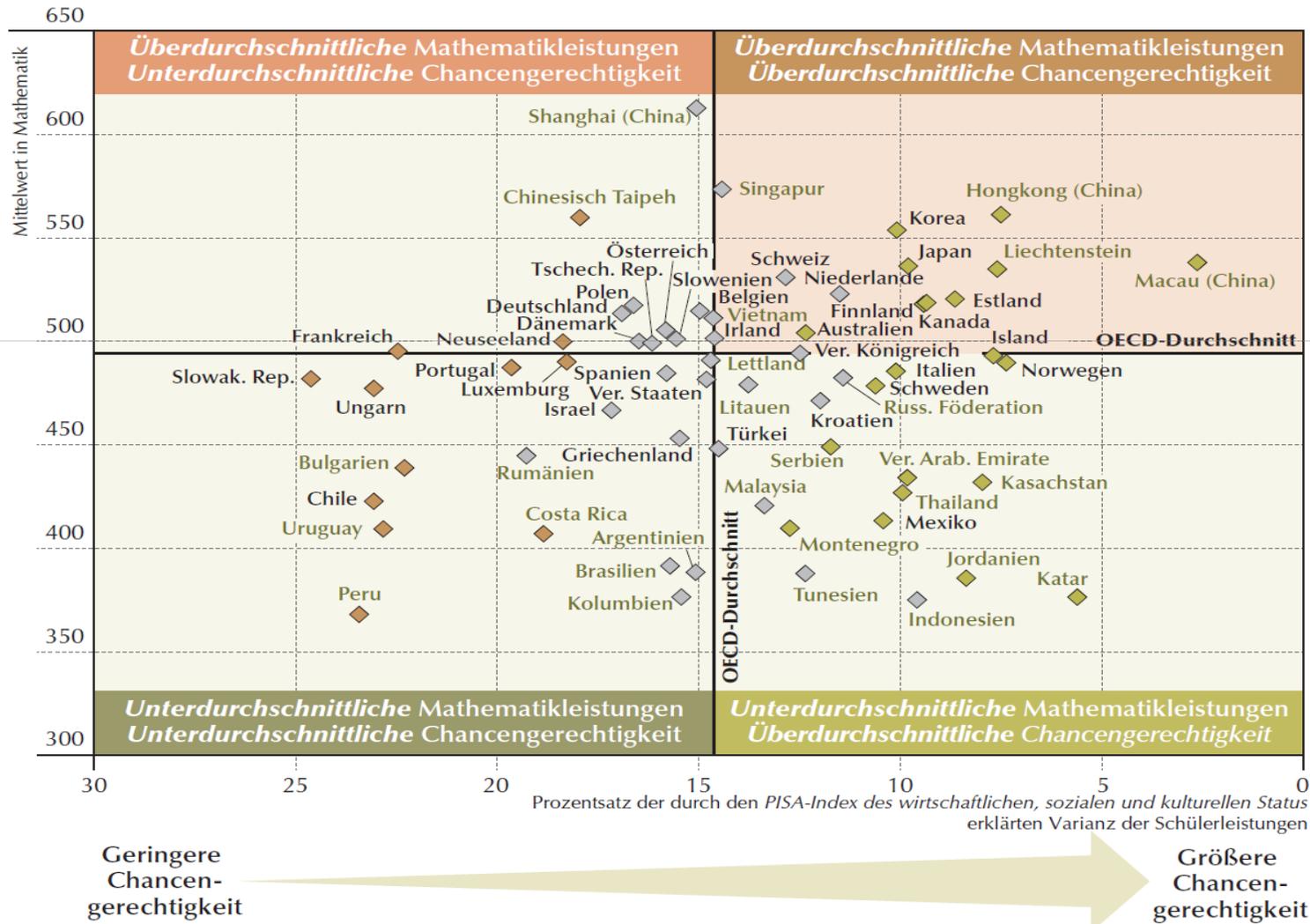


signifikant über dem OECD-Durchschnitt

PISA 2012 (Quelle: <http://www.oecd.org/berlin/themen/PISA-2012-Zusammenfassung.pdf>)

Schülerleistungen und Chancengerechtigkeit

- ◆ Zusammenhang zwischen Schülerleistungen und sozioökonomischem Hintergrund stärker als im OECD-Durchschnitt
- ◇ Zusammenhang zwischen Schülerleistungen und sozioökonomischem Hintergrund unterscheidet sich statistisch nicht signifikant vom OECD-Durchschnitt
- ◆ Zusammenhang zwischen Schülerleistungen und sozioökonomischem Hintergrund schwächer als im OECD-Durchschnitt

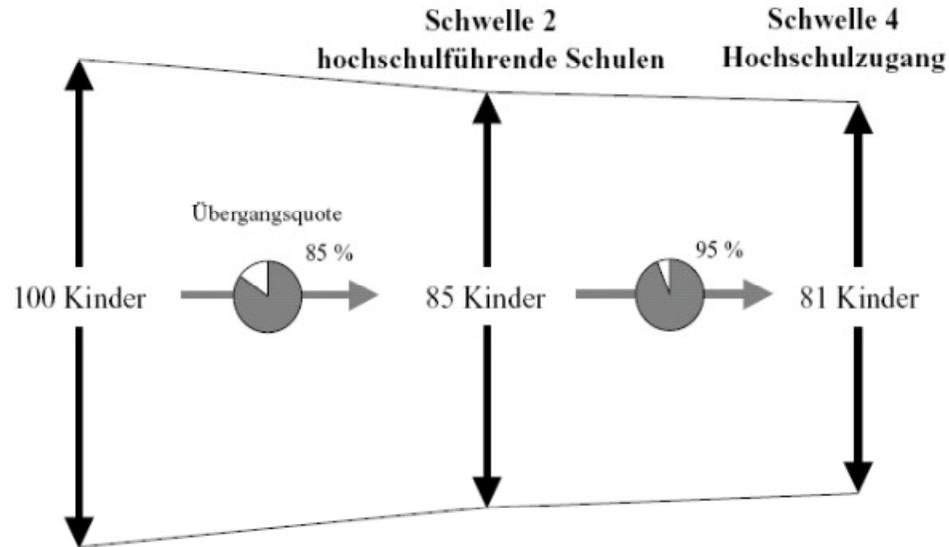


Der Leistungsvorsprung von Kindern aus der oberen Sozialschicht hat sich – verglichen mit 2000 – mit Ausnahme der Lesekompetenz vergrößert

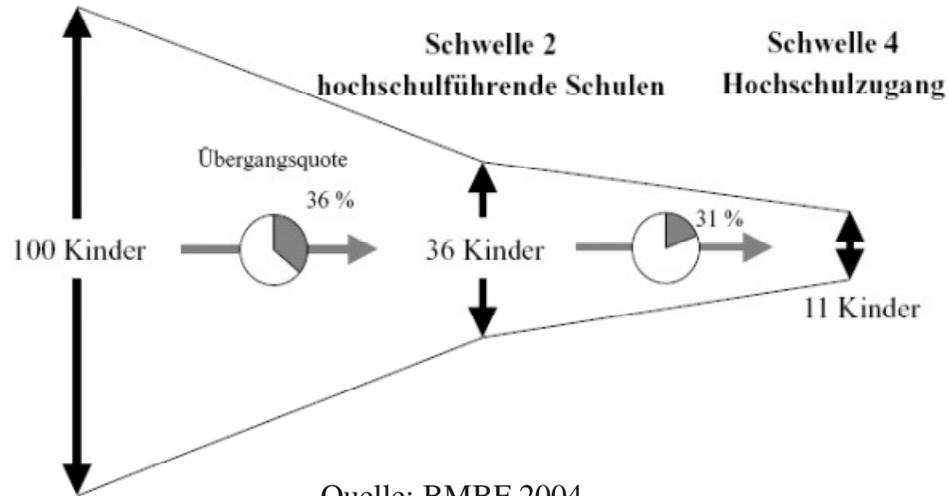
Kompetenzmittelwerte und sozioökonomischer Status der Familie – Vergleich zwischen 2000 und 2003						
	2000			2003		
	Obere Sozial schicht	Untere Sozial schicht	Differenz	Obere Sozial schicht	Untere Sozial schicht	Differenz
Mathematische Kompetenz: Raum und Form	521	444	77	552	450	102
Mathematische Kompetenz: Veränderung und Beziehungen	524	441	83	563	450	113
Lesen	538	421	117	539	434	105
Naturwissenschaften	535	431	104	561	441	120
Quelle: PISA-Konsortium, PISA 2003 - Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland - Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. 2004, S. 364						

Abb. aus Loewe 2005: S. 8

Kinder aus sozialer Herkunftsgruppe „hoch“



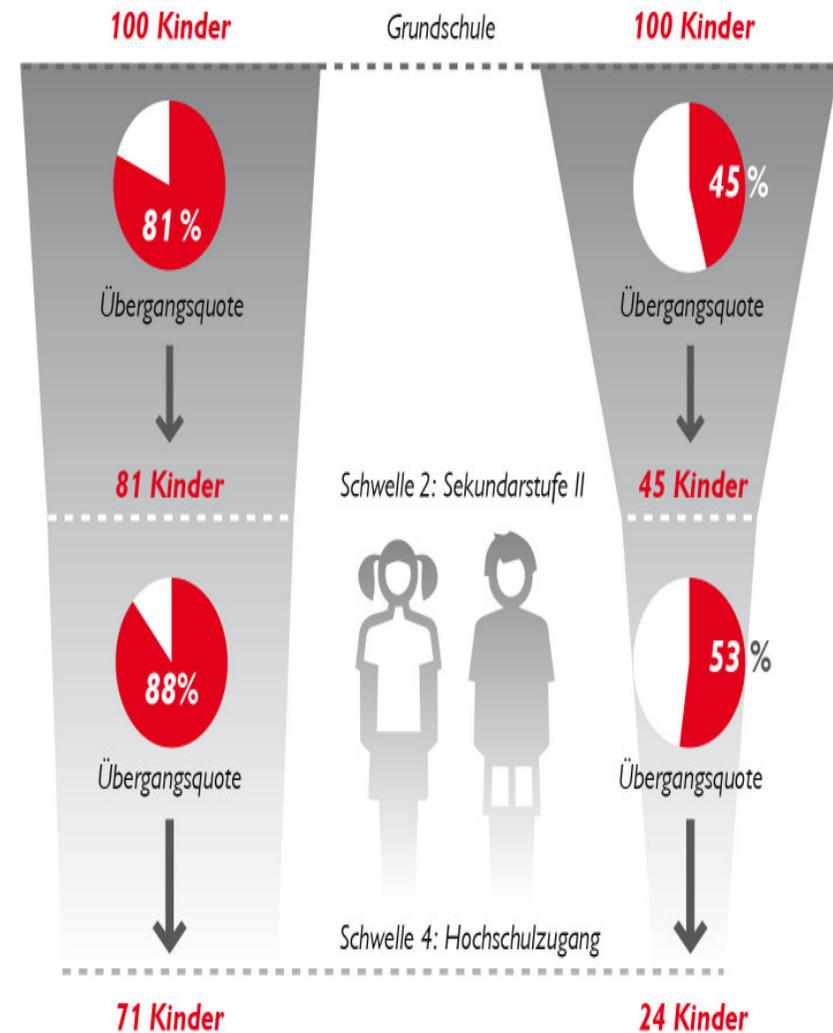
Kinder aus sozialer Herkunftsgruppe „niedrig“



Bildungstrichter 2007 Siehe: GEW 2010

Kinder von Akademikern

Kinder von Nicht-Akademikern



Quellen: Statistisches Bundesamt, HIS und Berechnungen des HIS

Einige Fakten nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und PISA 2003

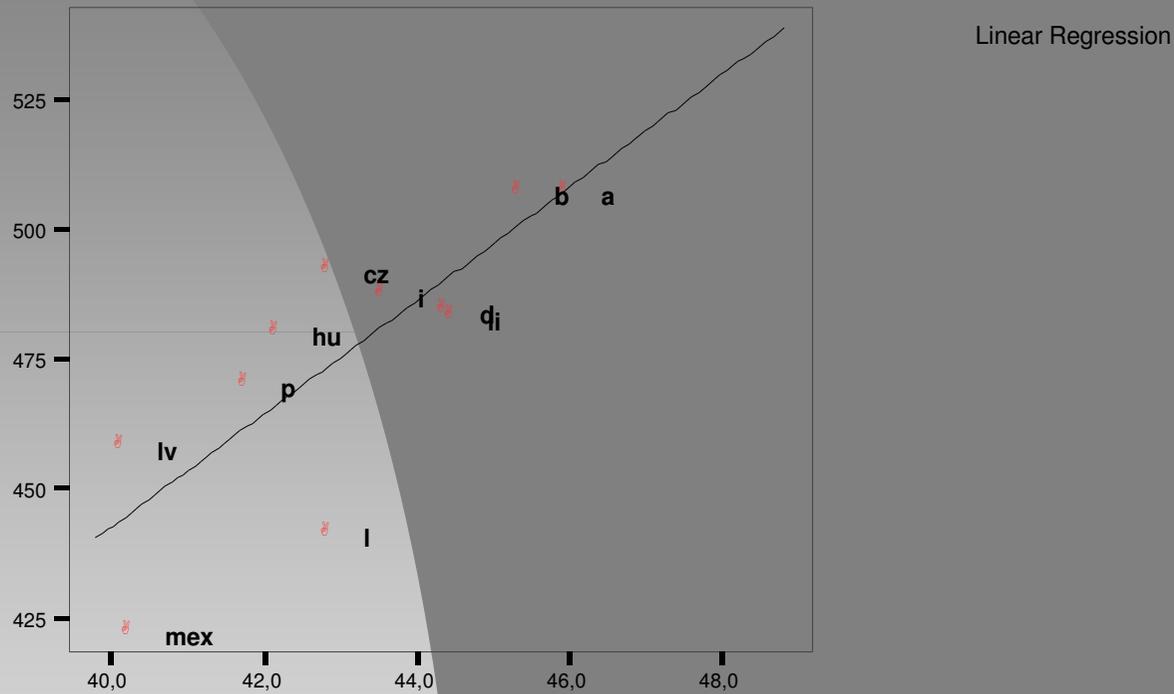
- **1.) Gymnasialbesuch**
- ▶ Die Chancen eines Kindes aus einem Elternhaus mit hohem sozialem Status für eine Gymnasialempfehlung: 2,7 mal so hoch wie die Chancen eines Facharbeiterkindes (Bei Kontrolle der kognitiven Fähigkeiten und der Lesekompetenz).
- ▶ Die Chancen auf einen tatsächlichen Besuch des Gymnasiums: Mit hohem sozialen Status 3,1 mal höher als beim Facharbeiterkind (Bei Kontrolle der kognitiven Fähigkeiten und der Lesekompetenz).
 - ▶ Die Chancen auf einen tatsächlichen Besuch eines Gymnasiums bei 15-jährigen: Mit hohem sozialen Status 4 mal so hoch wie bei einem Facharbeiterkind.
 - ▶ Die Chancen auf einen tatsächlichen Besuch des Gymnasiums in Bayern: Mit hohem sozialen Status 6,7 mal so hoch wie bei einem Facharbeiterkind.

Einige Fakten nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und PISA 2003

- **2.) Aufnahme eines Studiums**
 - ▶ Chance ein Studium aufzunehmen: Elternhaus mit hohem sozialen Status 7,4 mal so hoch wie bei Elternhaus mit niedrigerem sozialen Status
- **3.) Gymnasialbesuch und Migrationshintergrund**
 - ▶ Chancen eines Kindes auf eine Gymnasialempfehlung: Ohne Migrationshintergrund 1,7 mal höher als mit (Bei Kontrolle der Schichtzugehörigkeit und der Leseleistung).
- ▶ Chancen eines Kindes auf eine Gymnasialempfehlung : Beide Eltern in Deutschland geboren 4,4 mal höher als wenn beide Eltern im Ausland geboren sind.

Staaten die zw. 10 und 14 selektieren und Einfluß des soz.ök. Status

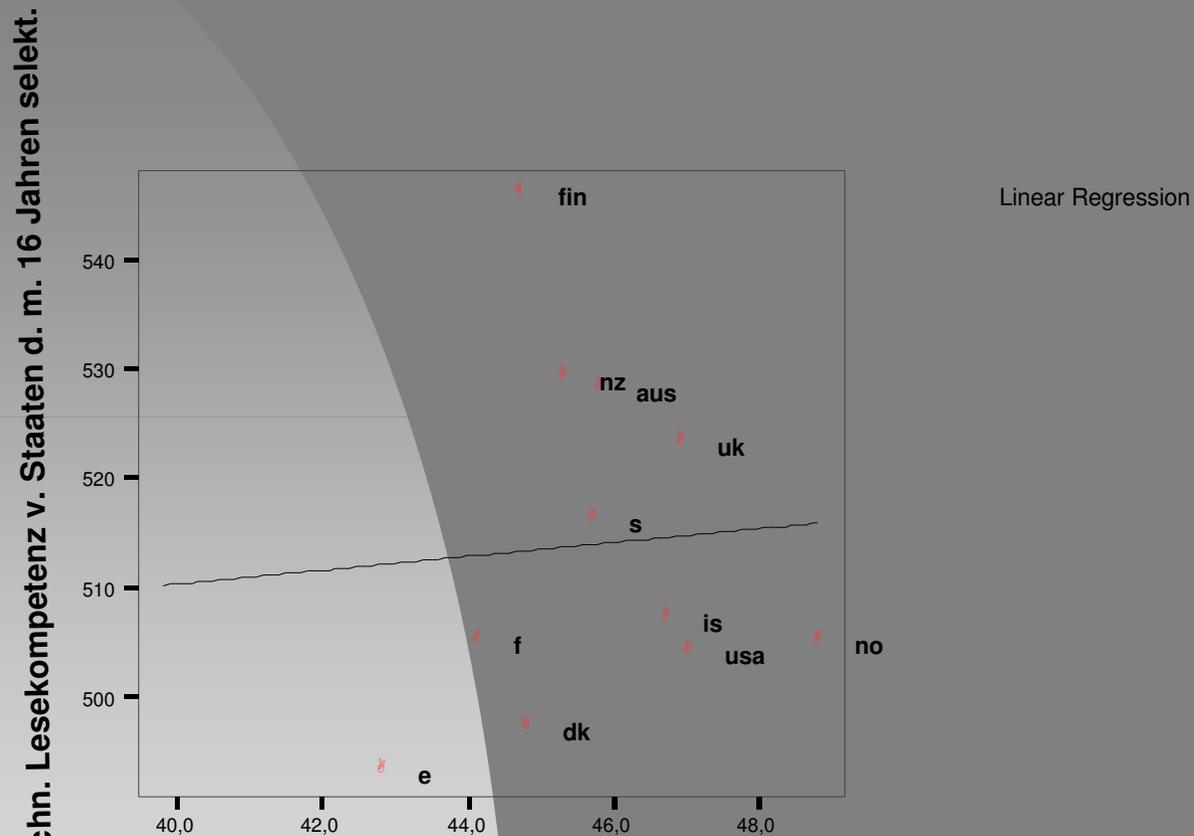
Durchschn. Lesekompetenz von Staaten d. zw. 10 u. 14 Jahren selekt.



Durchschn. sozioök. Status des Vaters (ISEI) (Quelle: Deutsch. Pisakonsort. (Hg) 2001: 348)

Durchschn. Lesekompetenz von Staaten d. zw. 10 u. 14 Jahren selekt. = $5,25 + 10,93 * \text{sozök}2$
R-Square = 0,63

Staaten, die mit 16 selektieren und Einfluß des soz.ök. Status



Durchschn. sozioök. Status des Vaters (ISEI) (Quelle: Deutsch. Pisakonsort. (Hg) 2001: 348)

Durchschn. Lesekompetenz v. Staaten d. m. 16 Jahren selekt. = $484,99 + 0,63 * \text{sozökäl2}$
R-Square = 0,00

Bildungsstaatstypen in der Praxis

- Im Moment entsteht in vielen Ländern ein neues Element des Bildungsstaates: Die 24-Stunden-KiTa.
- Veranschaulichung der Unterschiede nach Bildungsstaatstypen anhand von Kurzbeiträgen aus Politikmagazinen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen:
- Deutschland:
<https://www.youtube.com/watch?v=CM94Ds8ZmKk>
- Finnland:
<https://www.youtube.com/watch?v=Oo2yS86u1KI>
- USA:
https://www.youtube.com/watch?v=L_ZsKpxw1ck

4.) Seit den 1970ern:

- Wie die öffentliche Bildung (nicht nur im konservativen Bildungsstaat) unter neoliberalen Druck gerät (Privatisierung?).

Langfristige ökonomische Entwicklungen im Kapitalismus .

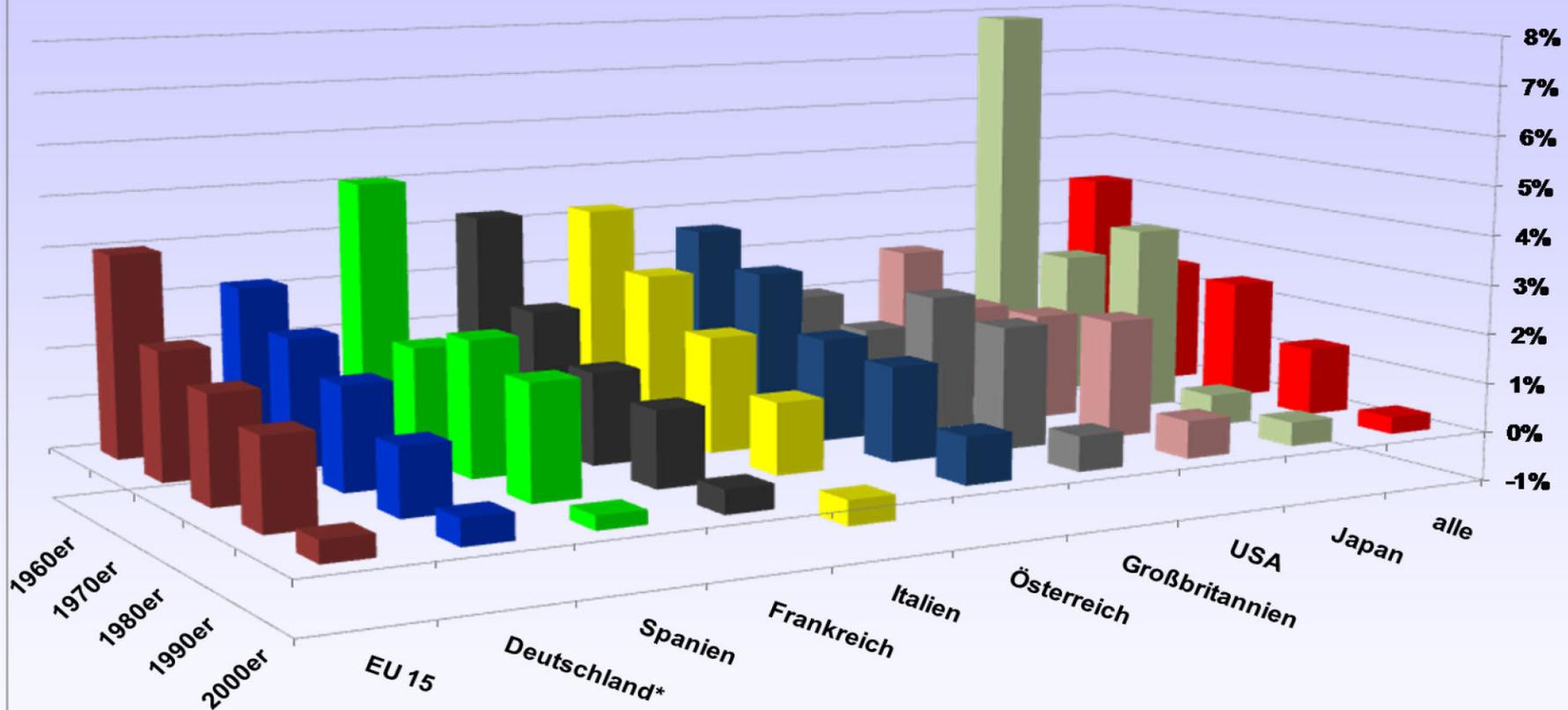
- Empirisch beobachtbare langfristige Megatrends im Kapitalismus (weltweit):
- **Wachstumsrückgang.**
- Zunehmende Verlagerung der Wertschöpfung in den **Dienstleistungsbereich** (tertiärer Sektor).

Ökonomischer Hintergrund – (systemimmanente Krise des Kapitalismus?) - Wachstumsrückgang

http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/reuter_sommerschule_2010.pdf

Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf

Veränderungen gegenüber Vorjahren in v.H./10-Jahres-Durchschnitte

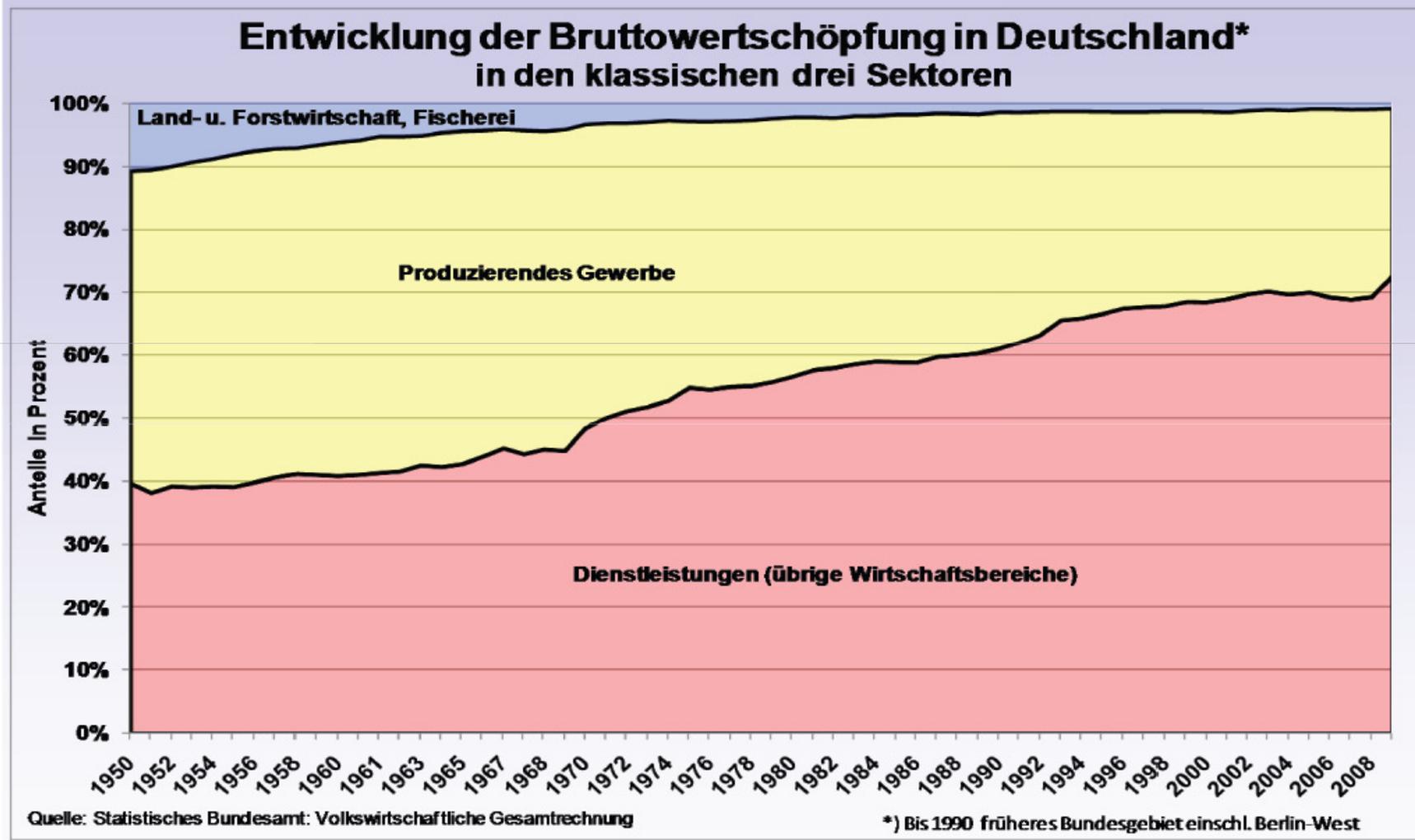


*1960er-1980er: Westdeutschland

Quelle für Grunddaten: Ameco-Datenbank; EU-15 bis 1980er Jahre: Sachverständigenrat (eigene Berechnungen)

Verlagerung der Wertschöpfung zu den Dienstleistungen

http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/reuter_sommerschule_2010.pdf



Bedeutung dieser Prozesse für die Rendite/Profite des Kapitals

- Es droht Rückgang der Profite durch zurückgehendes Wachstum.
- Profite im Dienstleistungssektor sind begrenzt, weil sie relativ rationalisierungsresistent sind.
- Profite im Dienstleistungssektor sind begrenzt, weil der Wohlfahrtsstaat hier viele Dienstleistungen als Daseinsvorsorge zu großen Teilen bereitstellt (z.B. in der Bildung).
- Finanzierung der Daseinsvorsorge über Steuern (= Kosten) schmälert zusätzlich die Profite.

Wie soll die Kapitalseite mit diesem (zunehmend unprofitablen) Verlauf des Kapitalismus umgehen?

- Es stehen verschiedene ökonomische Großtheorien/Konzepte zur Verfügung
:
- Marxismus
- Keynesianismus
(wirtschaftspolitisch dominant nach WWK)
- Neoklassik/Neoliberalismus
(dominant vor WWK)

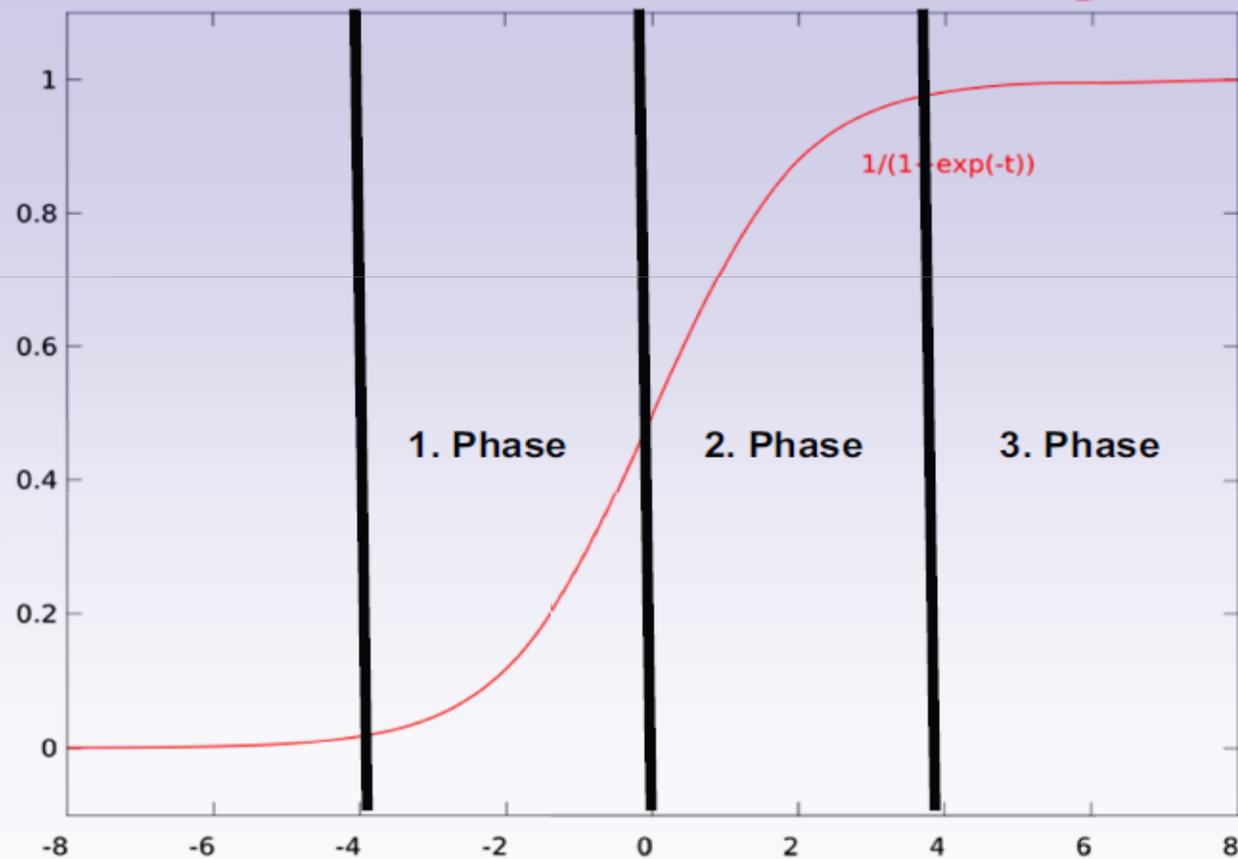
Marxismus

- Enteignung der KapitalistInnen.
- Vergesellschaftung der Produktionsmittel.
- Geplante Produktion nach menschlichen Bedürfnissen.

Keynesianismus

http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/reuter_sommerschule_2010.pdf

Phasen der Entwicklung



Keynesianismus

- **Wirtschaftspolitik der 3. Phase: „Wenn die dritte Phase in Sicht kommt, wird (...) es notwendig sein, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen -und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welches ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeiten.“**
- (Keynes 1937)

Keynesianismus

- *„Obschon dieser Zustand (einer weitgehend gewinn- und wachstumslosen Wirtschaft, N.R.) nun sehr wohl mit einem gewissen Maß von Individualismus vereinbar wäre, würde er doch den sanften Tod des Rentiers bedeuten, und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht der Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten.“*
- Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936), 6. Aufl., Berlin 1983, S. 317.

Neoklassik / Neoliberalismus

- Wachstumsrückgänge entstehen immer aus einer Behinderung des freien Spiels der Marktkräfte.
- Entfesselung des Marktes, Rückbau der Marktstörungen durch den Staat = Entstaatlichung.
- Die unsichtbare Hand des Marktes (Smith) arbeiten lassen.

1970er Jahre: Erste kapitalistische Krisen seit dem 2. Weltkrieg

- Ende der wirtschaftspolitischen Dominanz des Keynesianismus wegen der Krisen.
- „Wende“: Beginn der Hegemonie des Neoliberalismus (Reagan, Thatcher, Kohl).
- Beginn des doppelten Angriffs der Kapitaleseite auf den Wohlfahrtsstaat.

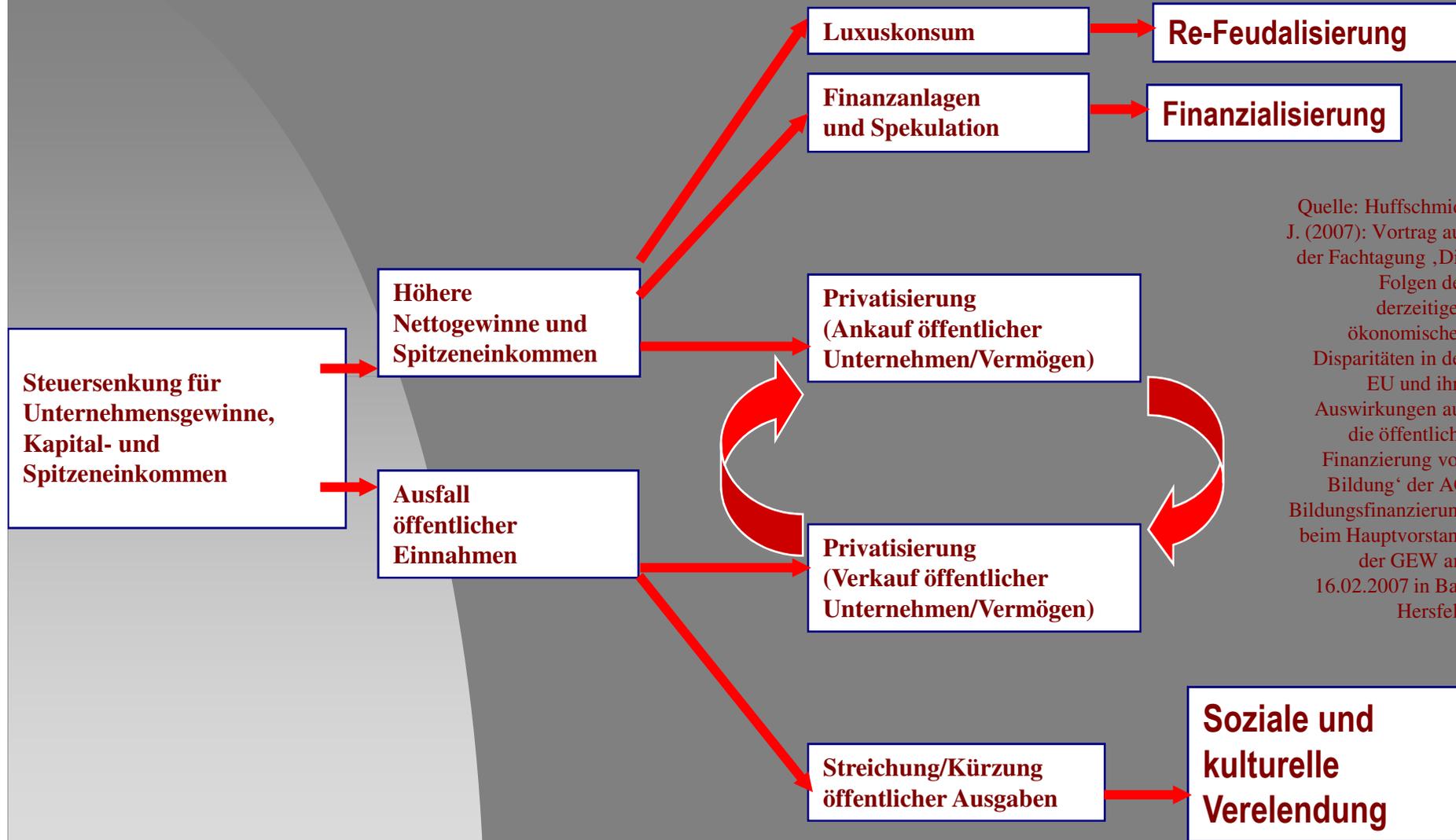
Doppelter Angriff der Kapitalseite

- 1.) „Starving the Beast“ (Stockman) / „Diktat der leeren Kassen“ (Herbert Giersch 1991)
- = Zurückfahren der Finanzierungsanteile des Kapitals am Wohlfahrtsstaat.
- 2.) Profitträchtige, entstaatlichte Bereiche / Dienstleistungen privatisieren.

Ermöglicht durch den neoliberalen Dreiklang

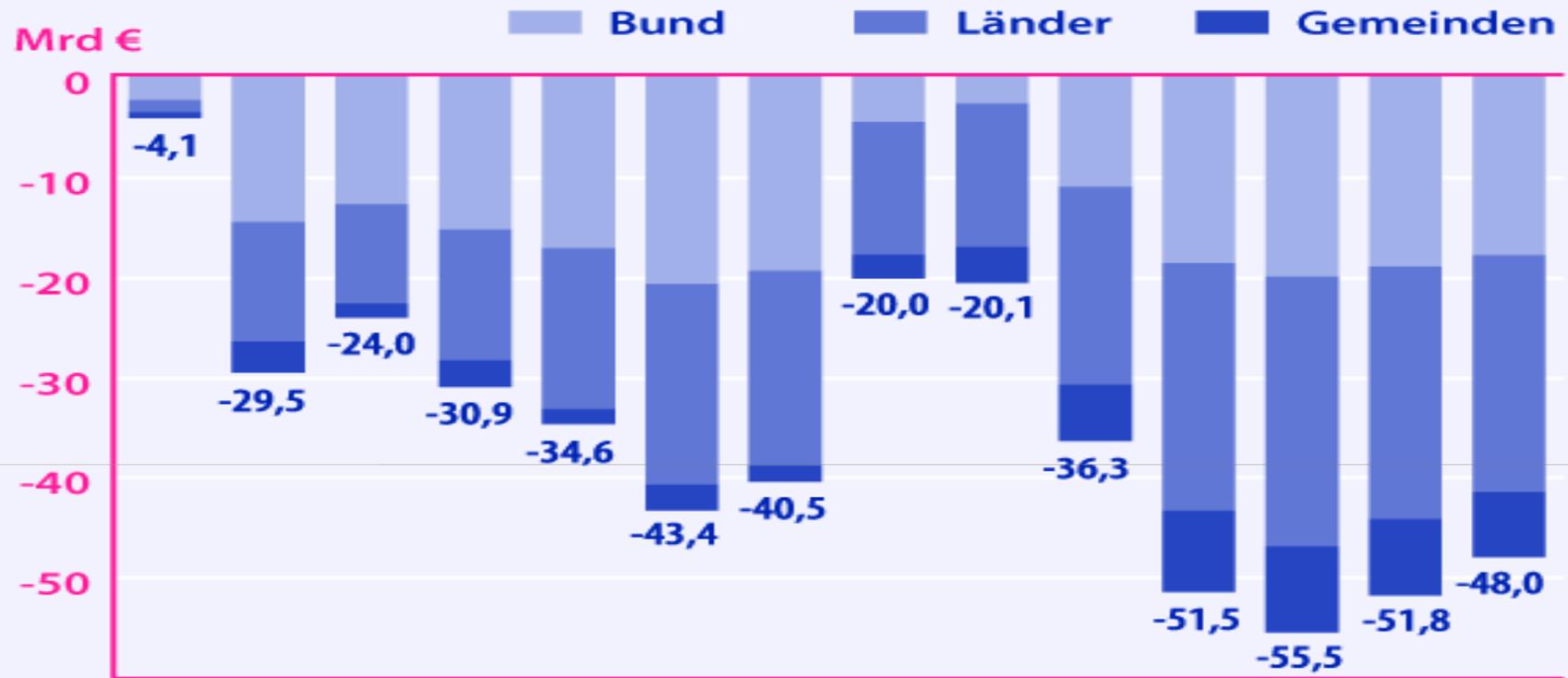
- In Kapital, Volkswirtschaftslehre, und Politik
- Synergien bei den Eliteinteressen: Profit, Opportunismus/Ideologie und Handlungsfähigkeit
- „Lehre der Herrschenden wird zur herrschenden Lehre“ (Zinn)

Materielles Resultat: Steuersenkungs-Privatisierungs-Kreislauf



Quelle: Huffschmid, J. (2007): Vortrag auf der Fachtagung 'Die Folgen der derzeitigen ökonomischen Disparitäten in der EU und ihre Auswirkungen auf die öffentliche Finanzierung von Bildung' der AG Bildungsfinanzierung beim Hauptvorstand der GEW am 16.02.2007 in Bad Hersfeld

Einnahmeausfälle seit 2000 für Bund, Länder und Gemeinden durch die Steuerrechtsänderungen seit 1998



2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013

1998 bis 2005
Senkung von Einkommen-
und Unternehmensteuern

Mehrwert-
steuererhöhung

Konjunkturpakete

Wachstumsbe-
schleunigungsgesetz

Quelle: Berechnungen Eicker-Wolf/Truger

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
SONDERMEMORANDUM 2010

Wird der Steuersenkungs-, Privatisierungskreislauf auch im Bildungssystem umgesetzt? (Memo 2011)

- Bsp. Schulbereich

Dreistufiges Untersuchungsmodell für Entstaatlichung/Privatisierung (Memo 2011)

- 1.) Gibt es Entstaatlichung/finanziellen Rückzug des Staates bei gleichzeitigem Reformdruck?
- 2.) Gibt es Formen der „Exogenen Privatisierung“ (Ball/Youdell 2007)?
- 3.) Gibt es Formen der „Endogenen Privatisierung“ (Ball/Youdell 2007) ?

Was sind exogene Privatisierungen?

- Kennzeichen: Privatisierung der Finanzierung und der Trägerschaft.

Was sind endogene Privatisierungen?

- Privatisierung der Rechtsetzung.
- Der marktförmige Umbau der Bildungsstrukturen und Einrichtungen = Modularisierung, Zertifizierung, Bepreisung, Marktinformationsinstrumente (Rankings).
- Privatisierung von Inhalten, Zielen und Aufgaben der Bildungseinrichtungen.

Ergebnisse im Primar- und Sekundarbereich I

Jahr	1995	2008
Anteil der öffentlichen Ausgaben für öffentliche Schulen in Relation zum BIP (Quelle: Statistisches Bundesamt 2010)	2,41%	2,12 % = -12%
Öffentliche Zuschüsse für Privatschulen (Quelle: GEW 2009)	2,5 Milliarden €	Über 4 Milliarden € =+60%

Ergebnisse im Primar-und Sekundarbereich I (Exogene Privatisierungen)

- Achtung: Privatschulen sind keine exogenen Privatisierungen! Zu 90% öffentlich finanziert (Weiß 2011).
- PPP im Schulbereich: Massive Zunahme!
- Schulnahe Dienstleistungen: Massive Zunahme! Folge der endogenen Privatisierung. Je mehr marktförmige Organisation von Schule, desto mehr Dienstleistungen sind nötig. Bsp. Managementkurse für SchulleiterInnen

PPP-Projekte: Beispiel für das Geschäftsfeld Schulbildung

- Angaben der Bundesregierung auf Kleine Anfrage (freiwillige Angaben der Akteure):
 - Seit 2002: 46 PPPs im Bereich Bildung (37%)
 - Boom: Seit 2007: Alleine 26 PPPs, 50 PPPs befinden sich 2007 „in Vorbereitung und Ausschreibung“.
 - Von den 26 PPPs allein 19 im Bereich Schule
 - Projektvolumen ist nur von 15 PPPs bekannt: Summiert sich zwischen 07 und 09 auf ca. 740 Mio €

„Neokorporatismus“ oder „kooperative Konsensdemokratie“ (Bode/Pink 2010) zur Etablierung von PPP

- Beispiel:
ÖPP Deutschland AG.
- Gemeinsame Gründung von:
Bund, NRW, Deutscher Städtetag,
Banken, Bauindustrie.
- = Lobbythinktank für PPP

Ergebnisse im Primar- und Sekundarbereich I (endogene Privatisierung)

Jahr	1992	2009
Anteil der SchülerInnen an privaten allgemeinbildenden Schulen.	4,8 %	7,9 %
<u>Zwischen 2000 und 2009.</u>	<u>Abnahme öffentlicher Schulen im Osten.</u>	<u>Zunahme privater Schulen im Osten.</u>
Quelle: Statistisches Bundesamt 2010.	29,5 %	74,6%

Ergebnisse im Primar- und Sekundarbereich I (endogene Privatisierung)

- Marktförmiger Umbau:
- Massive Zunahme Privatschulen (in öffentlicher Finanzierung).
Trotzdem unterdurchschnittlich im OECD-Vergleich.
- Erklärungsmodell von E. James
- Schulen werden zunehmend „Outputorientiert“ gesteuert.
- Profilbildung etc.

Ergebnisse im Primar- und Sekundarbereich I (endogene Privatisierung)

- Massive Entwicklungen in der Privatisierung der Rechtsetzung schon seit den 1990er Jahren.
- Neokorporatistische Schulsteuerung bspw. durch Unternehmensstiftungen.
- Beispiel Bertelsmann und SEIS: Knapp 20% der deutschen Schulen werden durch SEIS gesteuert.

Beispiel SEIS (Selbstevaluation an Schulen)

- Von Bertelsmann entwickelt. Hauptsächlich Evaluationsfragebögen und Auswertungsprogramm.
- Dann weitere Ausarbeitung in einem Konsortium aus verschiedenen KuMis der Bundesländer und Bertelsmann.
- Dann günstiger Verkauf an die Bundesländer. Breite Implementierung in ganz D

Beispiel SEIS: Typische Fragen aus dem Fragebogen für Grundschulen

- Aufbau: Multiple Choice, 5 Möglichkeiten von „Stimme völlig zu“ über „Stimme gar nicht zu“ und „weiß nicht“.
- „In meiner Schule habe ich gelernt, meine Stärken und Schwächen zu erkennen.“
- „Wenn Schüler/innen eine wirklich gute Leistung vollbringen, wird das an der Schule allgemein bekannt gemacht.“
- „Guter Einsatz und Leistungen werden an unserer Schule anerkannt.“

Kampf um die ökonomische Bildung an Schulen

- Vorausgegangen war die Diskussion um das Fach „Wirtschaft“ statt „Gemeinschaftskunde“ etc.
- Neoliberale/Angebotsorientierte Ökonomie wird als einzig richtige Wirtschaftslehre in den Lehrplänen verarbeitet.
- Systematische Überforderung der WirtschaftslehrerInnen durch mangelnde Ausbildung und Material.
- Einspringen der LobbyistInnen und Thinktanks mit Material, Unterrichtsentwürfen und Planspielen (z.B. Makro, Sparkassenplanspiel)

Fazit: Was dominiert in D? Konservativer Bildungsstaat oder Privatisierung der Bildung?

- Immer noch starke Präsenz des Staates: Konstanz und Neuformierung der „konservativen Bildungsstaatlichkeit.“
- Neokorporatistische Reorganisation (Nur Staat und Kapital) des Bildungswesens.
- Einführung von Pseudomärkten
- Absicherung der statuserhaltenden sozialen Selektivität

Teil II

Bildungs- finanzierung in Deutschland

18.09.2014

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

80

Zustand der Bildungsfinanzierung (im internationalen Vergleich)

- Im Folgenden: Betrachtung der Bildungsfinanzstatistik hauptsächlich in „internationaler Abgrenzung“
- OECD-Daten: „Bildung auf einen Blick“.
- Bildungsfinanzbericht / Statistisches Bundesamt.

1a.) Datendiskussion in D

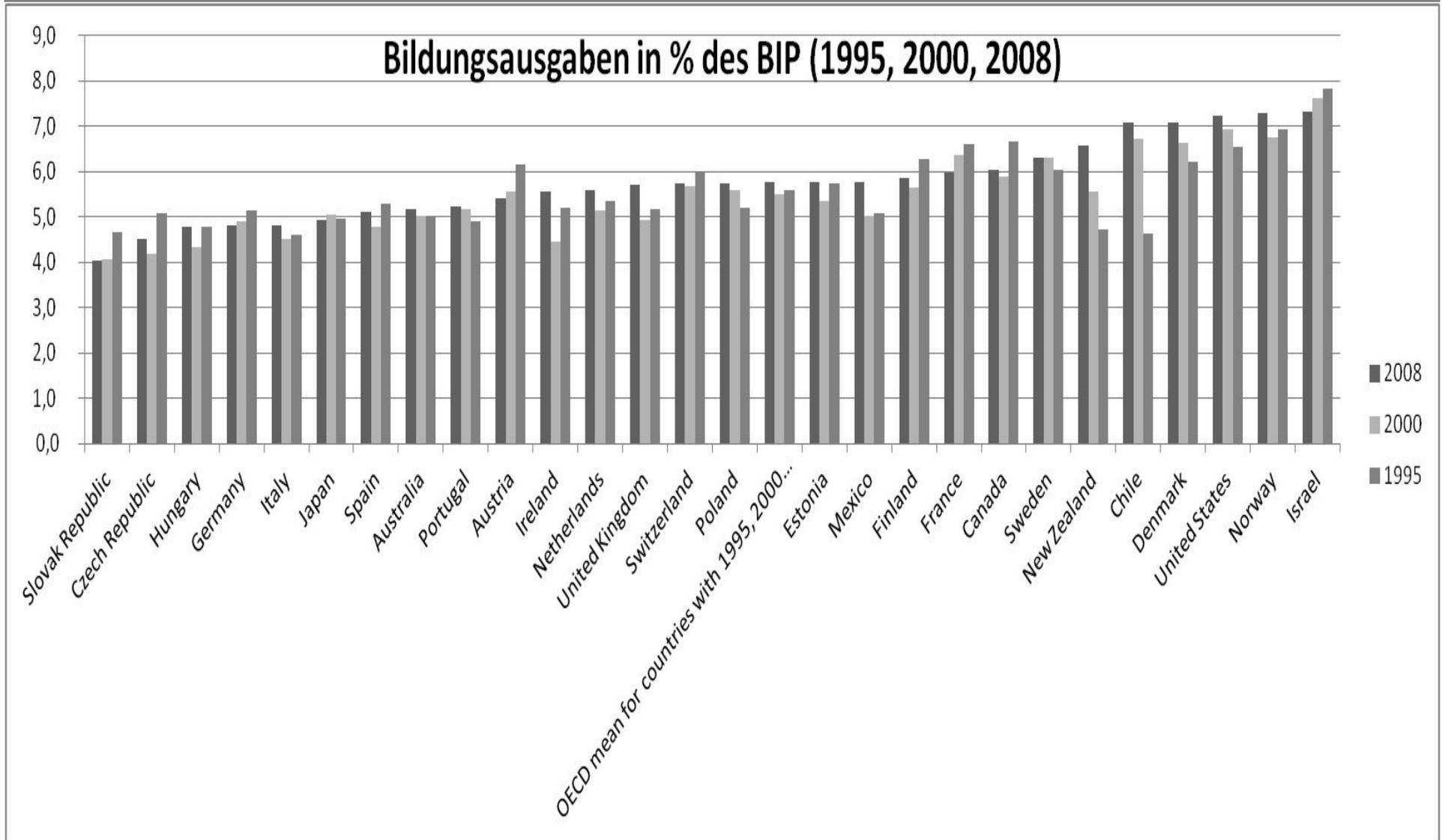
- Politische Wirkung v „Bildung auf einen Blick“.
- Deutsche Kritik an OECD:
Deutsche Ausgaben werden unterschätzt = Entlastungsangriff.
- Deutsche Kritik ist nicht sinnvoll.
Z.B. Steuerspezifika,
kalkulatorische Mieten etc.
- Siehe Arbeiten von Cornelia Heintze

1b.) Zustand der Bildungsfinanzierung bis 2008

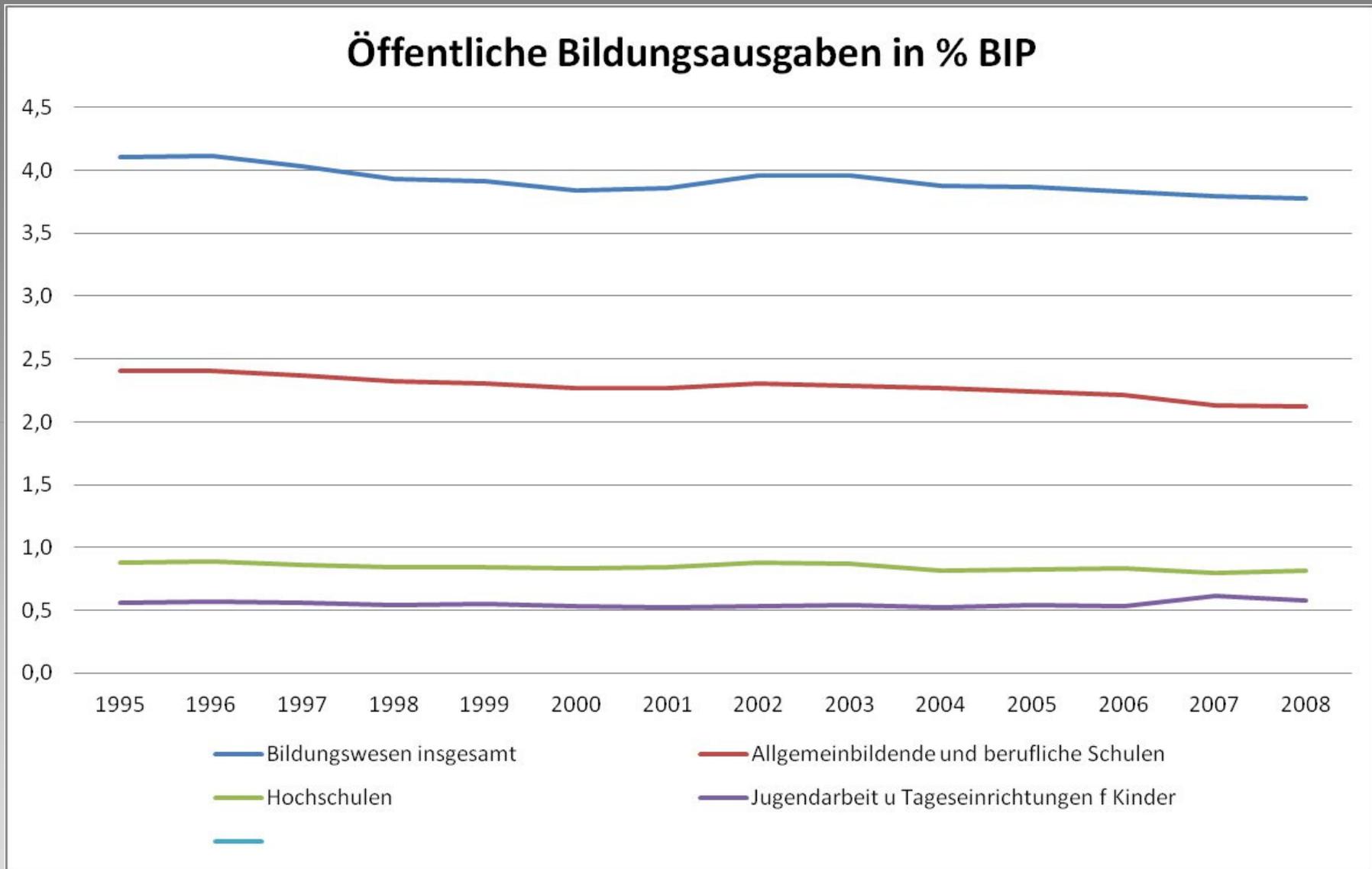
- Geprägt durch...
- 1.) den **konservativen Bildungsstaat**,
- 2.) und die **neoliberale Transformation**

Kennzeichen der deutschen Bildungsfinanzierung

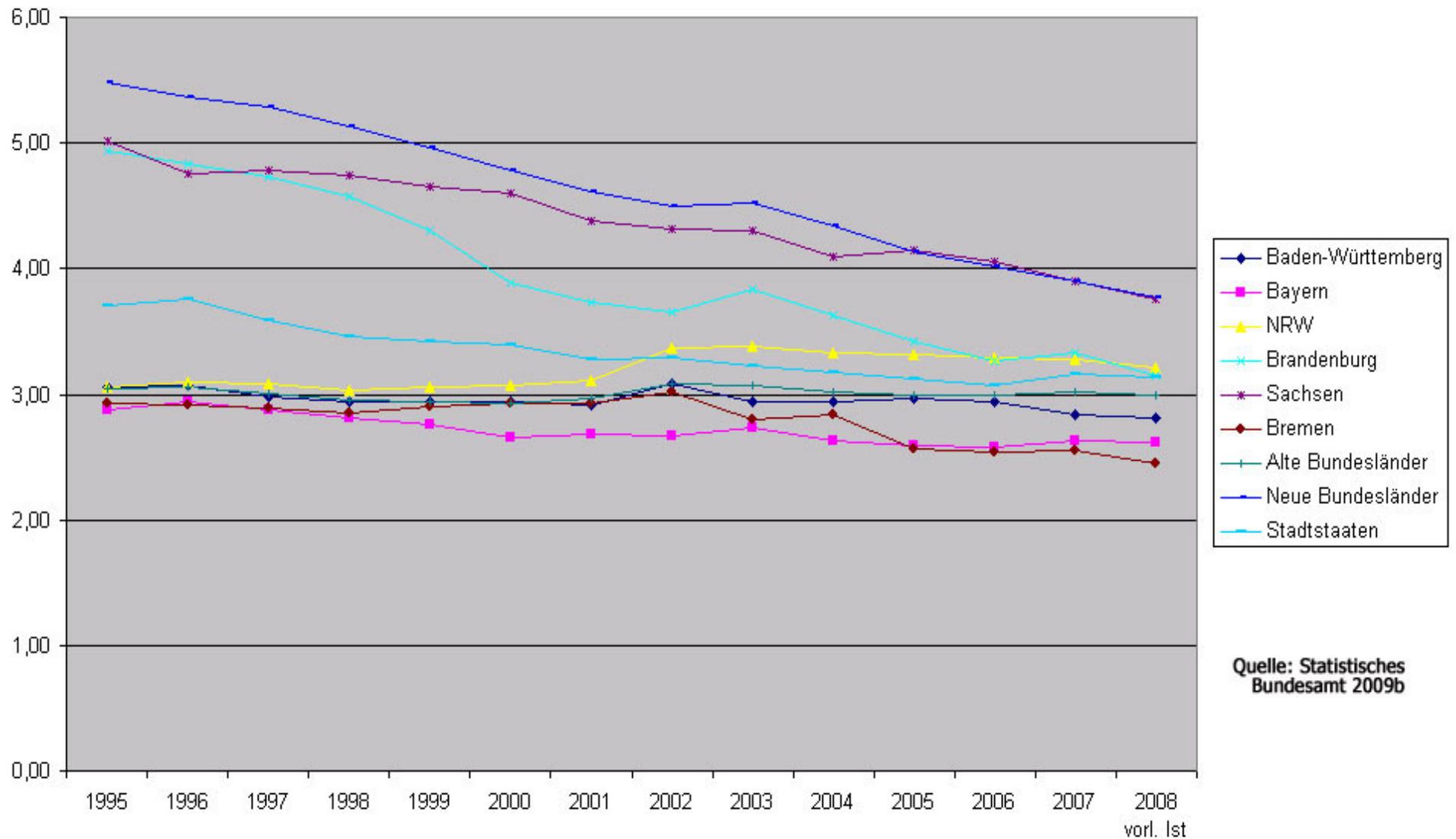
(Quelle: OECD 2011)



Entwicklung der öffentlichen Ausgaben bis 2008



Entwicklung öffentlicher Bildungsausgaben in ausgewählten Länder in % BIP



Entwicklung der privaten Bildungsausgaben

- OECD:
- Zwischen 2000 und 2009
- Anteil der privaten Ausgaben:
von 13,9 % auf 15 % gestiegen.
- Mittlerer Rang im internationalen
Vergleich (13 von 28).

Entwicklung der privaten Bildungsausgaben

- Langsame Verlagerung von den noch dominanten betrieblichen Aus- und Weiterbildungsausgaben (2004 ca. 60 %, 2008 ca. 50 %) zu den Ausgaben der privaten Haushalte.
- Private Ausgaben für Bildungsgüter und Dienstleistungen wie Nachhilfe, Lernmittel und KITAS (2004: ca. 25 %, 2008: ca. 32 %)

Kennzeichen der deutschen Bildungsfinanzierung im intern. Vgl.

- Viel zu gering. Vor allem öffentliche Bildungsfinanzierung weit unterdurchschnittlich.
- Mittlere private Bildungsausgaben. Tendenz steigend (wie überall).
- Mangel im Bildungssystem ungleich verteilt. Viel zu wenig in den unteren Bereichen, weniger wenig an den Universitäten.

1c) Politökonomische Ursachen der Grundstruktur der deutschen Bildungsfinanzierung (Memo 2012)

- Basierend auf Ergebnissen eines DFG-Forschungsprojekts in den Politikwissenschaften zu „Bestimmungsfaktoren“ der öffentlichen Bildungsfinanzierung (Manfred G. Schmidt u.a.) im internationalen Vergleich.

„Bestimmungsfaktoren“ hoher öffentlicher Bildungsfian zierung

(vgl. Schmidt (2008) u.a.)

- Demografischer Nachfragedruck, junge Leute.
- Frauenfreundlicher Wohlfahrtsstaat, Hohe Frauenerwerbsquote.
- Großer Steuerstaat, staatszentrierte Lösungen.
- Linksgeneigte Machtressourcenverteilung im Zentralstaat.

„Bestimmungsfaktoren“ hoher öffentlicher Bildungsfian zierung

(vgl. Schmidt (2008) u.a.)

- Geringe Vetospielerdichte.
- Geringe Finanzierungskonkurrenz zu anderen Staatsaufgaben.
- Nivellierende Finanzausgleichssysteme zwischen Teilstaaten sind vorhanden.
- Niedere private Bildungsausgaben.

Untersuchung der „Bestimmungsfaktoren“ nach drei politökonomischen Hauptbereichen für Deutschland

- 1.) Institutionengeflecht in der Bildungspolitik.
- 2.) Machtressourcenverteilung und konservativer Bildungsstaat.
- 3.) Steuerstaatliche und Haushaltspolitische Entwicklung (neoliberale Transformation).

Untersuchung der „Bestimmungsfaktoren“ nach drei politökonomischen Hauptbereichen

- 1.) Institutionengeflecht in der Bildungspolitik:
- Föderalismus (Kooperationsverbot), Vetospielerdichte und Politikverflechtungsfalle (=Länder haben Bildungshoheit aber kaum Möglichkeit mehr Steuern zur besseren Finanzierung zu erheben) wirken sich negativ aus.
- Länderfinanzausgleich zum Glück noch vorhanden.

Untersuchung der „Bestimmungsfaktoren“ nach drei politökonomischen Hauptbereichen

- 2.) Machtressourcenverteilung in D und konservativer wohlfahrts- und bildungsstaatlicher Entwicklungspfad
- Deshalb demografische Entwicklung schlecht / „Frauenerwerbsfreundlichkeit“ nicht gegeben.
- Bildungskorporatismus statt staatszentriert, deshalb auch höhere private Bildungsausgaben.

Untersuchung der „Bestimmungsfaktoren“ nach drei politökonomischen Hauptbereichen

- 3.) Steuerstaatliche und haushaltspolitische Entwicklung
- Traditionell nur mittelgroßer Steuerstaat, neoliberale Transformation (Entstaatlichung, Privatisierung) und Ausgabenkonkurrenz durch Schuldenabbau (Schuldenbremsen)

1d.)

- Was bzw. wie viel fehlt?

Wieviel bzw. was fehlt? Bedarfsorientierte Berechnung (nach Piltz

2011, Memo 2011)

- Elementarbereich:
- Unter Dreijährige 35 % Betreuung + Ausbau der Ganztagesbetreuung über drei Jahre (bisher noch deutlich unter 30 %) + bessere Personalschlüssel + Umwandlung in öffentlich finanzierte Einrichtungen (offen für alle Kinder) = 9,4 Milliarden €.

Wieviel bzw. was fehlt? Bedarfsorientierte Berechnung

- Allgemeinbildende Schulen:
- Absenkung des Klassenteilers auf 18 + besserer Personalpuffer (Unterrichtsgarantie) + mehr Schulsozialarbeit, -psychologie und SonderpädagogInnen = 27,4 Milliarden €.
- Nachholbedarf Sanierung + kostenloses Mittagessen (Mensen) + Ganztagesbetrieb + echte Lernmittelfreiheit = Einmalige Investitionskosten 13,1 Milliarden

Wieviel bzw. was fehlt? Bedarfsorientierte Berechnung (nach Piltz

2011, Memo 2011)

- Berufliche Bildung:
- Abschaffung des „Übergangssystem“ („bringt“ ca. 6-7 Milliarden Einsparung) + „notfalls“ mehr staatliche, bzw. schulische Ausbildungsplätze + Erhöhung der Bafögregelsätze und Freibeträge = 2,5 Milliarden.

Wieviel bzw. was fehlt? Bedarfsorientierte Berechnung (nach Piltz

2011, Memo 2011)

- Hochschule:
- Bessere Personalausstattung + Erhöhung der Studierendenquote auf 40 % eines Jahrgangs + Abschaffung Studiengebühren, mehr Bafög = jährlich 10,1 Milliarden € mehr.
- Einmalige nachholende bauliche Maßnahmen = 14,5 Milliarden €.

Wieviel bzw. was fehlt? Bedarfsorientierte Berechnung (nach Piltz

2011, Memo 2011)

- Weiterbildung:
- Betriebliche Weiterbildungsfonds:
Einzahlung des Arbeitgebers in
Höhe 1,6 % der Lohnsumme.
- Ausbau der Erwachsenenbildung.
- Weiterbildungsberatung
- Rücknahme der Kürzungen durch
Hartz IV bei Weiterbildung von
Arbeitslosen.

= 7,5 Milliarden €

Wieviel bzw. was fehlt? Bedarfsorientierte Berechnung (nach Piltz

2011, Memo 2011)

- Insgesamt:
- Jährlich: 56,8
Milliarden €
- Einmalig: 45,3
Milliarden € (2% BIP)

Teil II. 2a) Die neue ökonomische Rolle von Bildung.

- Die neue ökonomische Rolle von Bildung in Ökonomie und Politik.
- Seit ca. Mitte der 1990er Jahre.
- Bewirkt eine Veränderung des neoliberalen Angriffs auf den Wohlfahrtsstaat.
- Nach dem Motto:
BILDUNG statt UMWERTEILUNG.

Neue Rolle von Bildung in der neoliberalen Wirtschaftstheorie:

- Neoliberale Arbeiten zur Wachstumswirkung von Bildung berufen sich auf „Neue Wachstumstheorien“ (z.B. Mankiw et al. 1992, Barro 1997).
- Bildung wird dort wie Sachkapital als Inputfaktor verstanden (=Humankapital).
- Wie in der neoklassischen Wachstumstheorie wg. der Gleichgewichtsannahme (bei freier Preisbildung): Inputerhöhung = automatischer Wachstumszuwachs.

Neue Rolle von Bildung

- Bessere Bildung wird in neoliberalen Studien automatisch mit mehr Beschäftigung gleichgesetzt. Mehr Beschäftigung mit mehr Wertschöpfung. Mehr Wertschöpfung mit mehr Wachstum (ohne empirische Prüfung).
- Bildung bedeutet in der Realität aber auch immer höhere Arbeitsproduktivität. Kann Arbeitsplätze kosten.
- Was ist generell mit der Nachfrage? Findet keine Beachtung.
- „Arbeitslosigkeit würde [...] nur dann reduziert, wenn das [...] erwirkte Nachfragewachstum größer wäre als die via Bildung gewachsene Arbeitsproduktivität“ (Memo 06)

Tabelle A 1: Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Arbeitsvolumen

Jahr	EinwohnerInnen	Erwerbstätige		Arbeitsvolumen			
		insgesamt	darunter: abhängig Beschäftigte	der Erwerbstätigen	der abhängig Beschäftigten	je Erwerbstätigen	je abhängig Beschäftigten
		1.000 Personen		Mio. Stunden		Stunden	
1991	79.984	38.712	35.148	60.082	51.768	1.552	1.473
1995	81.661	37.802	33.996	57.781	48.879	1.529	1.438
2000	82.188	39.382	35.387	57.922	48.650	1.471	1.375
2005	82.464	38.976	34.559	55.775	46.325	1.431	1.340
2006	82.366	39.192	34.736	55.808	46.488	1.424	1.338
2007	82.263	39.857	35.359	56.679	47.363	1.422	1.339
2008	82.120	40.348	35.868	57.362	48.030	1.422	1.339
2009	81.875	40.370	35.900	55.826	46.515	1.383	1.296
2010	81.757	40.603	36.110	57.110	47.791	1.407	1.323
2011	81.779	41.164	36.625	57.887	48.530	1.406	1.325
2012	81.916	41.613	37.067	58.115	48.814	1.397	1.317
Entwicklung in Prozent							
2012 : 1991	102,4	107,5	105,5	96,7	94,3	90,0	89,4
2012 : 2000	99,7	105,7	104,7	100,3	100,3	95,0	95,8
2012 : 2005	99,3	106,8	107,3	104,2	105,4	97,6	98,2
2012 : 2010	100,2	102,5	102,7	101,8	102,1	99,3	99,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Rechenstand: Februar 2013.

Erwerbspersonen, Bildungsniveau, Produktivität, Arbeitsvolumen. (Quellen: Memo 2013, Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012)

- Zunahme der Erwerbstätigen 1991-2012: 7,5 %
- Zunahme des Bildungsniveaus: Akademiker/Bevölkerung (30-35 Jahre): 15,2 % (2000), 22,5 % (2010).
- Zunahme der Arbeitsproduktivität/ Erwerbstätigen 1991-2012: 22,5 %
- Abnahme des Arbeitsvolumens/ Erwerbstätigen 1991-2012: -10 %

Und die Arbeitslosigkeit?

18.09.2014

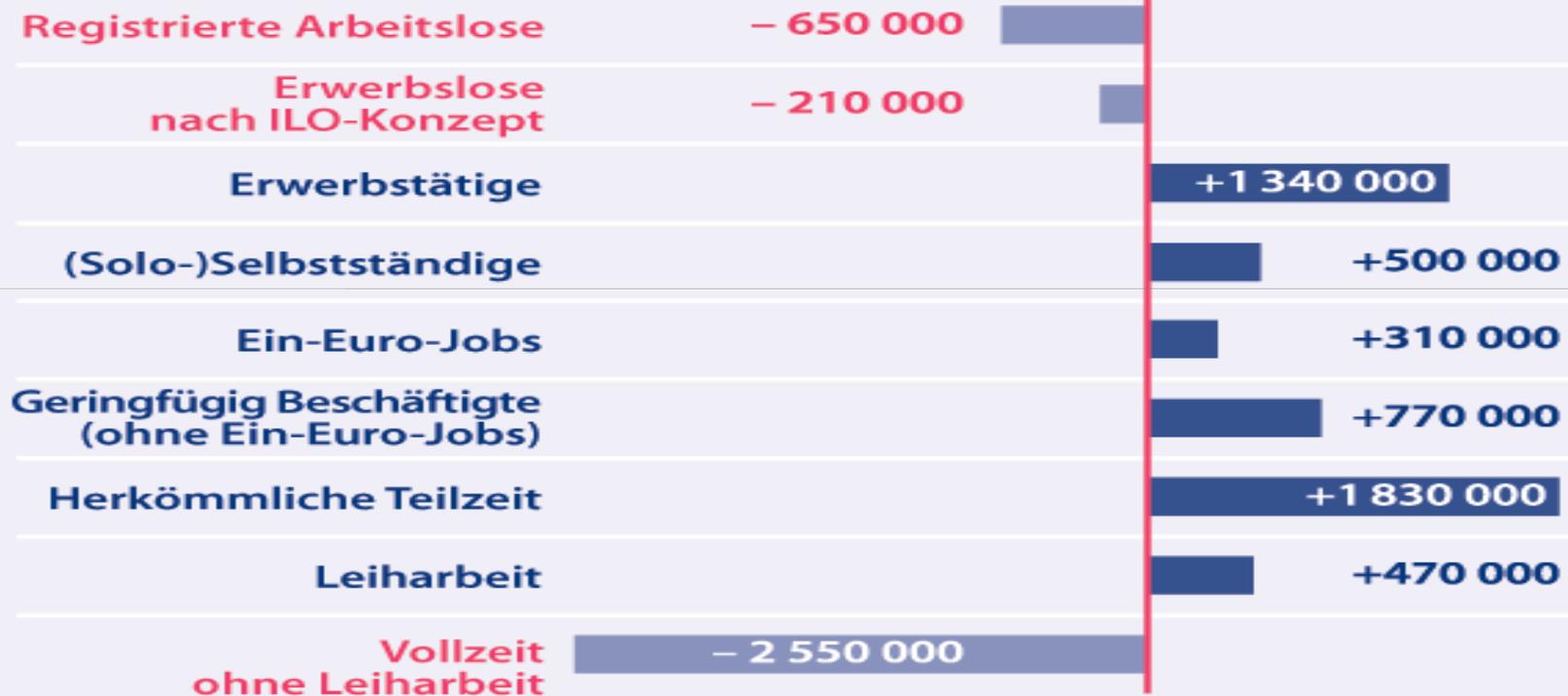
Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

109

Arbeitszeitverkürzung auf Kosten der Arbeitnehmer durch Prekarisierung der Arbeit!

Mehr Beschäftigung – aber was für welche?

Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2000 bis 2010



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, auf 10.000 gerundet (Stand Februar 2011)

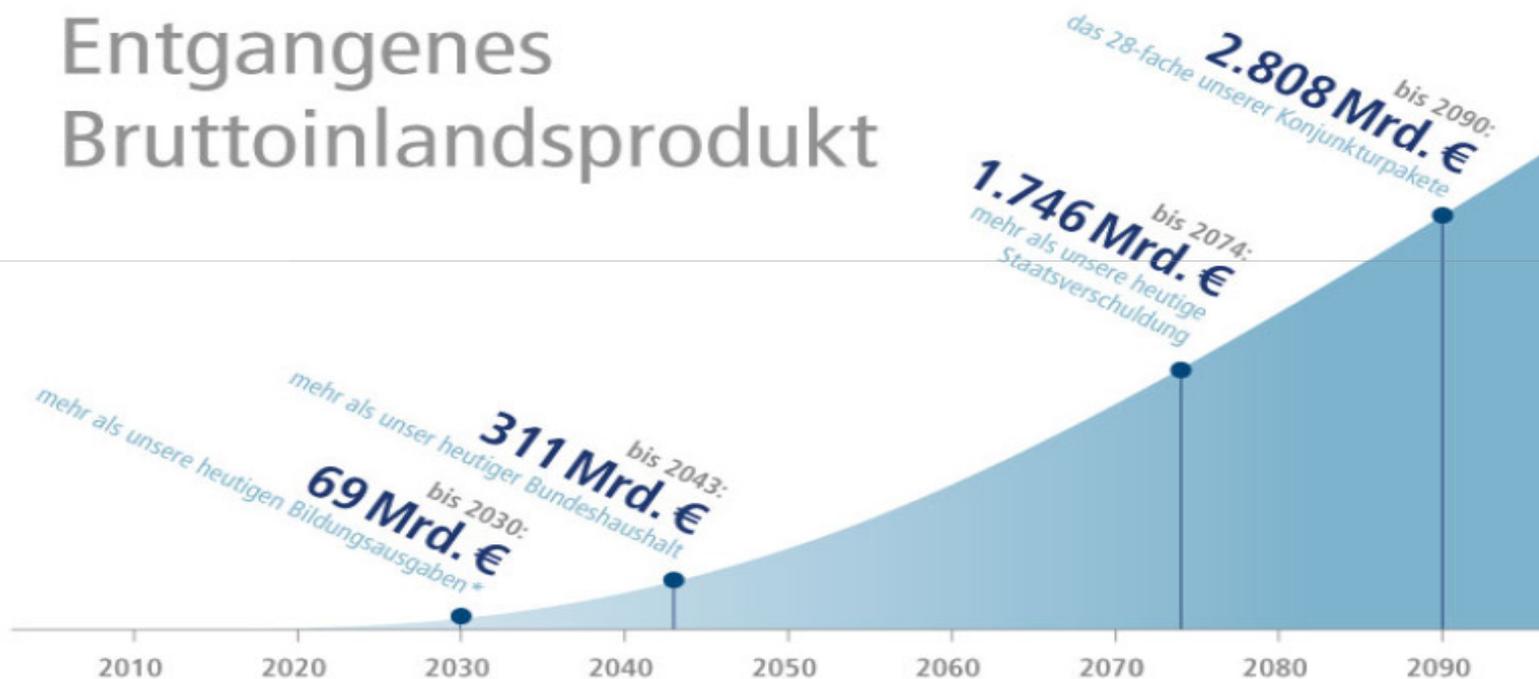
© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011

Beispiel für eine falsche, bzw. spekulative ökonomische Einordnung von Bildung: (Piopiunik/Wößmann 2010)



Folgekosten unzureichender Bildung durch entgangenes Wirtschaftswachstum

Entgangenes Bruttoinlandsprodukt



Folgekosten unzureichender Bildung als Summe des bis zum jeweiligen Jahr entgangenen Bruttoinlandsprodukts (BIP), wenn das Ausmaß der unzureichenden Bildung nicht durch eine Bildungsreform um 90 Prozent reduziert wird, abdiskontiert auf den heutigen Zeitpunkt (vgl. Abschnitte 4.1 und 4.3).

* Öffentliche Bildungsausgaben im Elementar- und allgemeinbildenden Schulbereich.

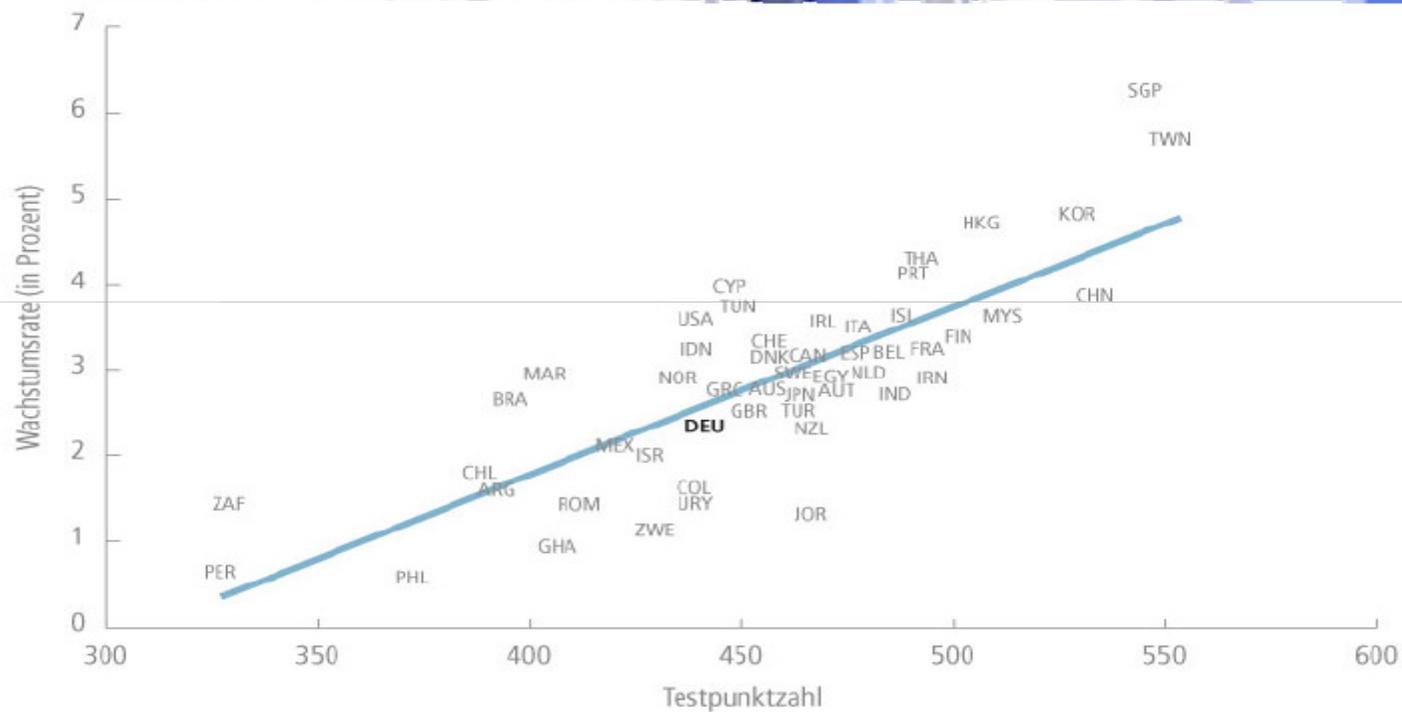
Quelle: Eigene Berechnungen.

Bertelsmann Stiftung

Beispiel für eine falsche, bzw. spekulative ökonomische Einordnung von Bildung: (Piopiunik/Wößmann 2010)



Bildungskompetenzen und volkswirtschaftliches Wachstum



Zusammenhang zwischen Bildungskompetenzen (Durchschnitt aller internationalen Vergleichstests zwischen 1964 und 2003, gemessen äquivalent zu PISA-Testpunkten) und realem jährlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum (1960 bis 2000) im internationalen Ländervergleich nach Herausrechnen weiterer Einflussfaktoren.

Quelle: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Hanushek und Wößmann (2008).

Bertelsmann Stiftung

Beispiel für eine falsche, bzw. spekulative ökonomische Einordnung von Bildung: (Piopiunik/Wößmann 2010)



Parameter des Projektionsmodells 1/2

- **Reform:**
 - Beginn: **2010**
 - Umsetzung: **10** Jahre (schrittweise linear)
- **Zeithorizont** der berücksichtigten Erträge: bis **2090**
 - Lebenserwartung eines heute geborenen Kindes (79,8 Jahre)
- Wachstumskoeffizient: **1,265** 
 - Prozentpunkte zusätzliches jährliches Wachstum pro 100 PISA-Punkte
- Diskontrate: **3%**
- Potentialwachstum: **1,5%**
 - Durchschnittliches jährliches Potentialwachstum 1993-2008: 1,51%

Kritik an Piopiunik / Wößmann 2010

- Ergebnisse einer Regressionsanalyse werden als kausaler Zusammenhang interpretiert.
- Zusammenhang zwischen Bildung u. Wirtschaftswachstum kann in beide Richtungen vorhanden sein, bzw. auch reziprok sein (z.B. sich gegenseitig aufschaukelnd).

Kritik an Piopiunik / Wößmann 2010

- Man sollte keine Regressionsanalysen ohne stichhaltige Theorie machen.
- Leerstelle bei Wößmann:
Wer besser gebildet ist, bekommt nicht automatisch einen Job: Wirtschaftslage? Bedarf? (siehe z.B. Südeuropa)
- Andersherum ist der Zusammenhang soziologisch belegt: Mehr Geld der Eltern wirkt sich positiv auf die Bildungsergebnisse der Kinder aus. Armut ist ein sozialpsychologischer Teufelskreis (z.B. Depression der Eltern), der Bildung negativ beeinträchtigt.

Was Bildung leisten kann und was nicht / Ökonomische Einordnung

- Fazit:

„Bildung alleine ist also auch kein Garant zur Behebung von Arbeitslosigkeit. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzt neben Verbesserungen des Bildungssystems mehr Binnennachfrage, andere Verteilungsverhältnisse und eine Verkürzung der Arbeitszeit voraus.“
(Memo 06, S. 111)

Und der Fachkräftemangel?

- Äußerst umstritten. Siehe Kritik von Karl Brenke 2010 und 2012 vom DIW.
- Veranschaulichung: Ausschnitt von Report München (ARD) zum Thema Fachkräftemangel:

<http://www.youtube.com/watch?v=mM06svb4Y-A>

Teil II. 2b)

- Wie reagierte die Politik bisher (bis ca. 2012)?

Bildungsrhetorik

- Alle Parteien wollen mehr Bildung!
- Alle Parteien sehen Bildung als Präventionsmaßnahme gegen ökonomische Krisen und individuelle Arbeitslosigkeit.
- Alle Parteien wollen mehr für Bildung ausgeben.

Bildungsrhetorik und neoliberale Realpolitik

- Fast allen Parteien dient Bildung als wichtigstes Element ihrer neuen Sozialstaatskonzepte:
- z.B. SPD: „Vorsorgender Sozialstaat“.
- CDU: „Bildungsrepublik ist der beste Sozialstaat“ (Merkel 2008).
- Fast alle Parteien fahren aber eine neoliberale Steuerpolitik:
 - 1.) Priorität auf dem Schuldenabbau
 - 2.) Auf keinen Fall Steuererhöhungen auf Kosten der Kapitaleseite

Aber ist das ehrlich?

- Sogenannte Politikverflechtungsfälle im deutschen Föderalismus (Scharpf)
- Länderregierungen sind alleine zuständig für Bildungsreformen.
- Bundesländer haben so gut wie keine Möglichkeiten über eigene Landessteuern Mehreinnahmen zu generieren.
- Steuerpolitik des Bundes entscheidet also faktisch über Finanzierbarkeit und damit über Reformmöglichkeiten in den Ländern.

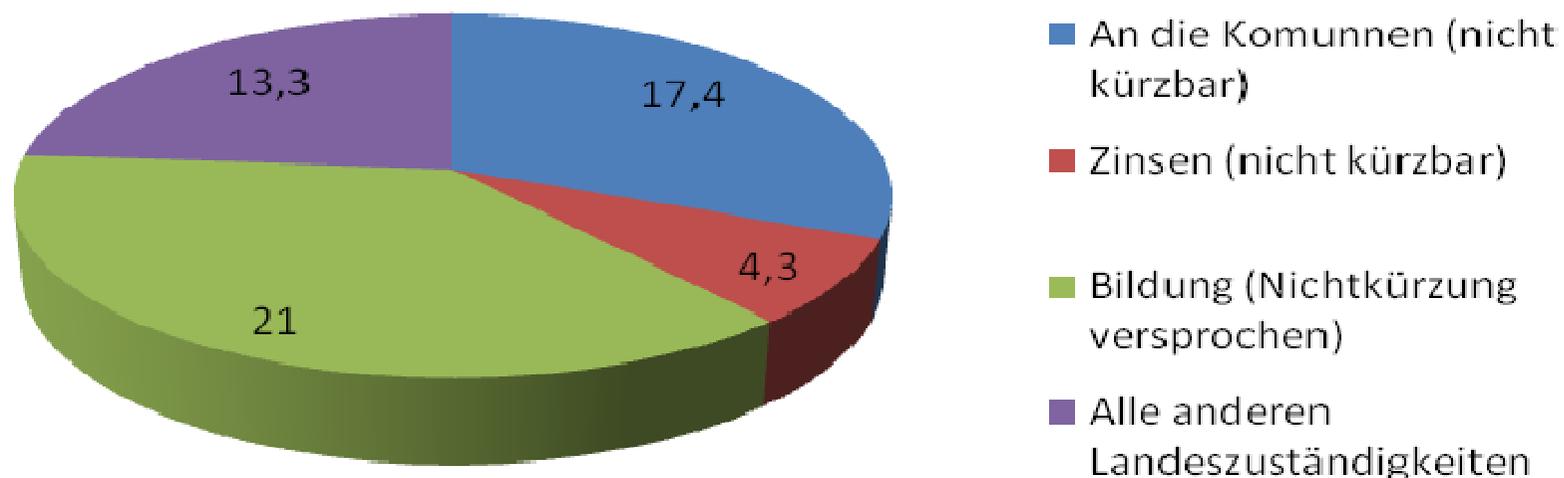
Frage:

- Ist die Steuer- und Finanzpolitik der Parteien über die föderalen Ebenen hinweg ehrlich und konsistent?
- Beispiel NRW (Memo 2013)

CDU-Forderungen zur Landtagswahl in NRW 2010		SPD-Forderungen zur Landtagswahl in NRW 2012	
Forderungen NRW 2010	Kosten (in Millionen Euro)	Forderungen NRW 2012	Kosten (in Millionen Euro)
Erhöhung und Verbesserung des Ganztagsangebotes (für 43 Prozent der SchülerInnen)	288,48	Qualität in Kitas und Kindergärten verbessern	113,42
Verkleinerung der Schulklassen auf 25 SchülerInnen pro Klasse	490,83	Ausbau der Anzahl der Familienzentren	12,50
"Qualitätsoffensive Hauptschule"	k.A.	Gebührenfreie Kitas	490,88
1.250 zusätzliche Familienzentren	12,50	Integration von Kindern mit Behinderung in die Regelschulen	909,00
Erhalt des ortsnahen Schulangebots und der Verkleinerung der Schulklassen	105,81	Erhöhung der Mittel für die Lehrerfortbildung	66,32
Bauliche Modernisierung der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft	300,00	Ausbau des Ganztags Schulbetriebes	865,45
Ausbau NRW-Stipendiensystem	73,96		
Summe²	1.271,58	Summe³	2.457,57
Gegenfinanzierungsvorschläge	Einnahmen (in Millionen Euro)	Gegenfinanzierungsvorschläge	Einnahmen (in Millionen Euro)
"schlanke Verwaltung" / Bürokratieabbau	k.A.	Einsparungen	k.A.
Abbau von Regulierung / Konzentration auf Kernaufgaben	k.A.	Einnahmeverbesserungen (höhere Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften; Finanztransaktionsteuer; höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen)	3,64

Wo im Landeshaushalt NRW kürzen? Der Spielraum ist nicht vorhanden!

Ausgaben in Mrd. €



Analyse des Landeshaushalts NRW

- Im Landeshaushalt NRW besteht ohne bei der Bildung zu kürzen nur ein Ausgabenbereich von 13,3 Milliarden um darin herumzukürzen.
- Für die CDU-Forderungen müssten ca. 10 % dieses Bereichs gekürzt werden.
- Entspricht z.B. der Hälfte der gesamten Polizeiausgaben in NRW (Sach- und Personal)

Analyse des Landeshaushalts NRW

- SPD-Forderungen mit höheren Steuern im Bund nur scheinbar erfüllbar.
- Denn: SPD ist auch für Schuldenbremse = Keine Neuverschuldung = weitere 3 Mrd. Kürzen.
- Geht nicht ohne massiven Staatsabbau oder weitere Kürzungen in der Bildung!!

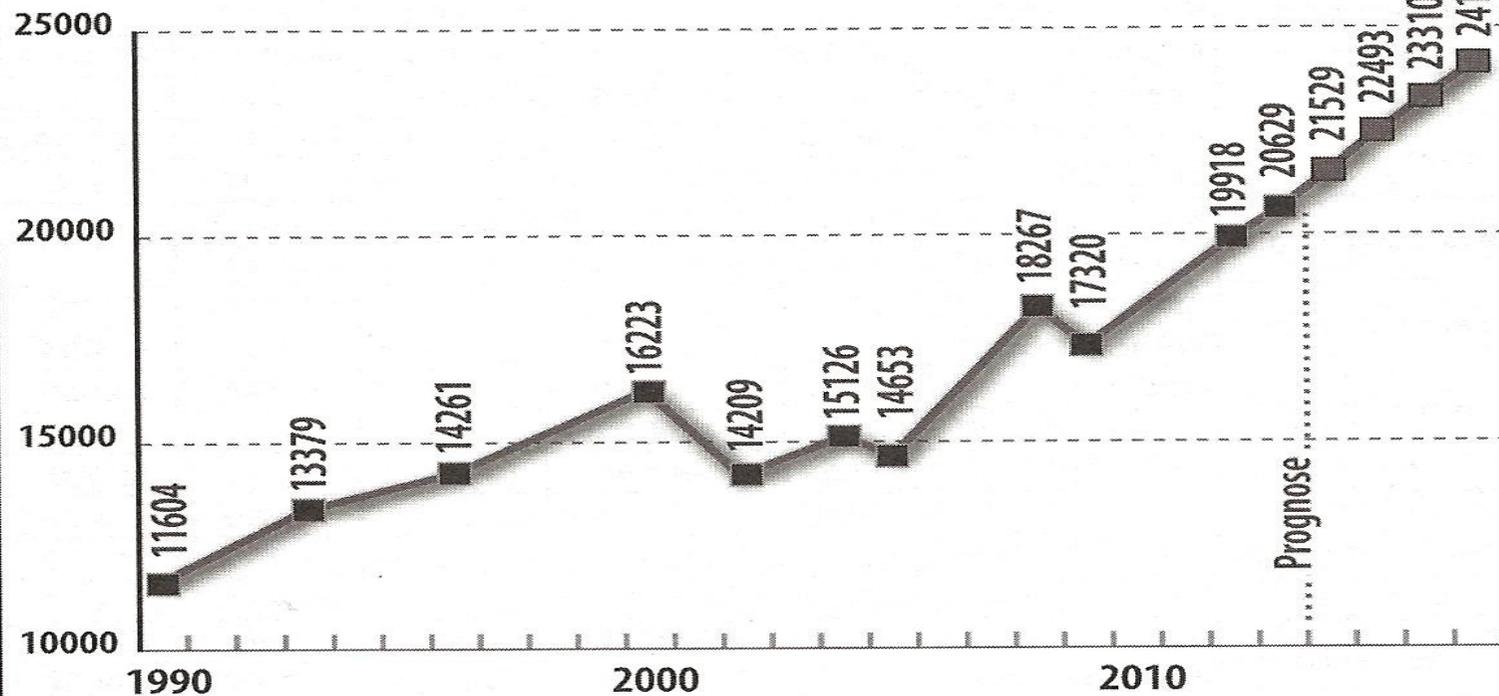
Frage?

- Wie berechnen die Bundesländer ihre Bildungsausgaben für die Zukunft?
- Untersuchung der mittelfristigen Finanzplanungen (MiPlas) der Bundesländer (2012-2017)
- Beispiel Niedersachsen (Memo 2014)

1. Steuereinnahmen schönrechnen

Entwicklung der Einnahmen Niedersachsens

Entwicklung der Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisung einschließlich Kfz-Steuer-Kompensation (in Millionen Euro)



Quelle: Niedersächsische Staatskanzlei/Niedersächsisches Finanzministerium

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2014

2. Inflation ignorieren: Nominale Ausgabensteigerungen sind eigentlich Kürzungen!

Tabelle 7: Deflationierte Bildungsausgaben nach mittelfristiger Finanzplanung

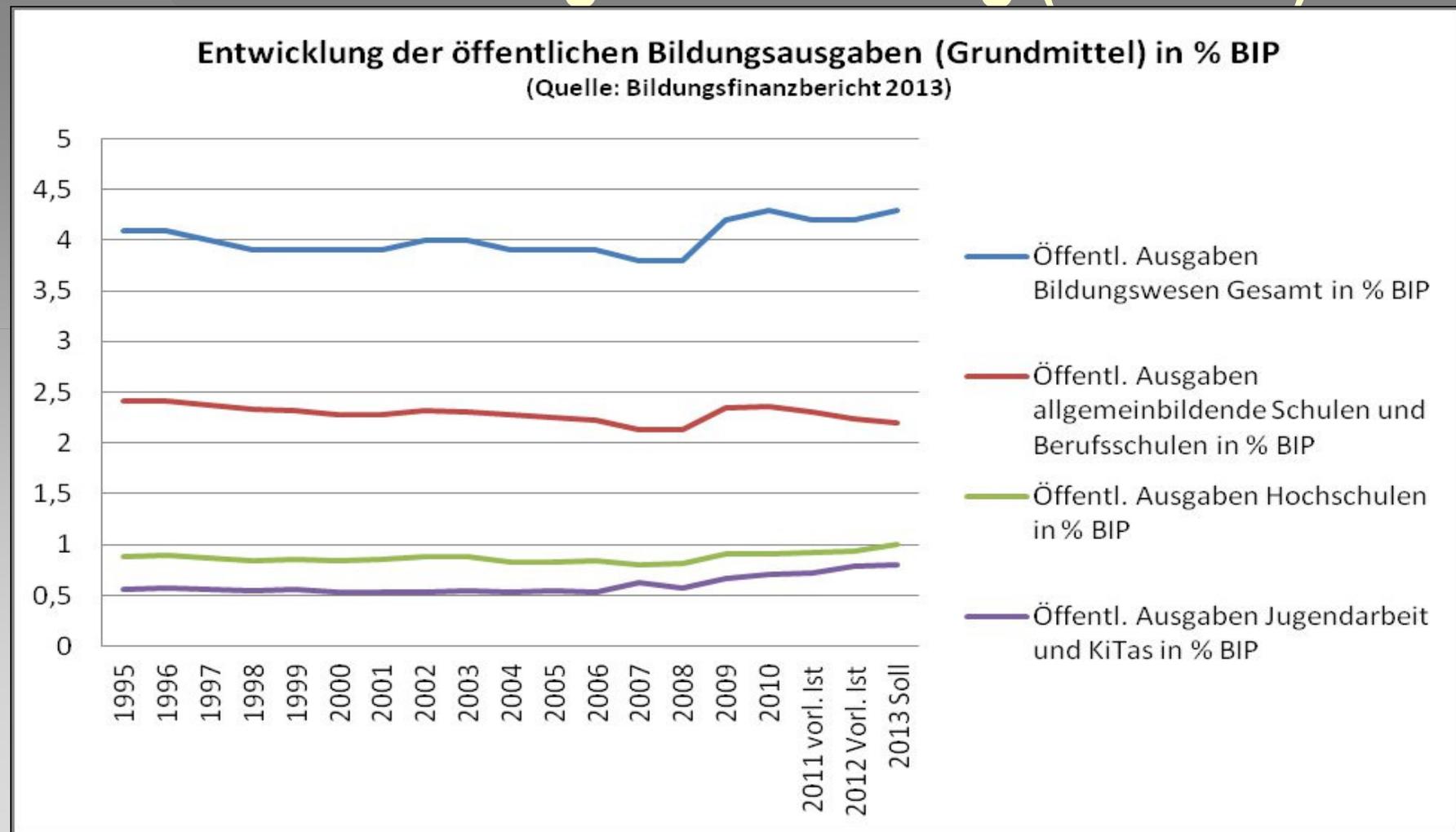
Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Netto-Bildungsausgaben (real) – Basisjahr 2012 (in Mio. Euro)	7.055	6.979	7.180	7.137	7.029	6.935
Reale Veränderungen der Netto-Bildungsausgaben seit 2012 (in Mio. Euro)	-	-75	125	83	-25	-120
Prozentuale Veränderung gegenüber 2012	-	-1,1	1,8	1,2	-0,4	-1,7

Quellen: Niedersächsische Staatskanzlei/Niedersächsisches Finanzministerium (2013), eigene Berechnungen

Fazit:

- Ohne höhere Steuereinnahmen der Bundesländer lassen sich die öffentlichen Bildungsausgaben nicht verbessern!
- Potentiell zwei Möglichkeiten:
 - 1.) Steuererhöhungen.
 - 2.) Bund gibt mehr an die Länder ab.
- Direkte Bildungsfinanzierung des Bundes im Föderalismus eigentlich verboten (Kooperationsverbot).

Teil II. 3. Aktuellste Entwicklungen in der Bildungsfinanzierung (ab 2012)



Leichte Steigerungen im Hochschul- und Kitabereich – warum?

- 1.) Ausbau des Kitabereichs: Kommunen sind in der Pflicht wegen Gesetz.
- 2.) Länder haben deutlich gemacht, dass sie alleine keine Mehrausgaben tätigen können.
- 3.) Stärkere Unterstützung durch den Bund (sogenanntes 6 Milliarden Paket vom Mai 2014).
- = Übernahme Bafög, Erhöhung beim Sondervermögen Kitausbau, und Hochschulpaket III.

Jedoch keine Steuererhöhungen!!

- = 1.) **Qualitätsabnahme** im Kita- und Hochschulbereich:
Zunehmende Teilnahme übersteigt die Ausgabensteigerungen =
Abnehmende Bildungsausgaben pro Studierende und Kitakind.
- = 2.) **Kannibalisierung des restlichen Wohlfahrtsstaats**, z.B.
Baden-Württemberg: Streichung von LehrerInnenstellen.

Eigene These: was passiert, entspricht genau den Wünschen der Kapitalseite – Innere Landnahme !

- Arbeitgeber treiben im Moment eine „Fachkräftemangel“-Kampagne voran.
- Dazu gehört:
 - 1.) Frauen in den Arbeitsmarkt zu bringen.
 - 2.) Mehr AkademikerInnen in den Arbeitsmarkt zu bringen.

Landnahmetheorem nach Dörre (Bezugnahme auf Harvey)

- Bei der Ausbildung des konservativen Bildungsstaates wird durch Geschlechter- (Ein-Ernährerfamilie) und Klassenkonstruktion (Dreigliedrigkeit) in Bezug auf den AkademikerInnen-Markt ein „kapitalistisches Außen“ konstruiert.
- Jetzt sollen AkademikerInnenlöhne gesenkt werden: Zugangsbarrieren werden geschleift.
- Kita- und Hochschulbereich werden (qualitätsgemindert) ausgebaut ohne Ausbau des Sozialstaates.

Quellen und Literatur

- In den Bildungskapiteln der jährlichen Memoranden.